



Ostalbkreis 1790: Kleinstaaterei

Herrschaftsgebiete im Ostalbkreis 1790
24 Herrschaften

Klöster und Stifte

- 01 Fürstpropstei Ellwangen
- 02 Kloster Neresheim

Große weltliche Territorien

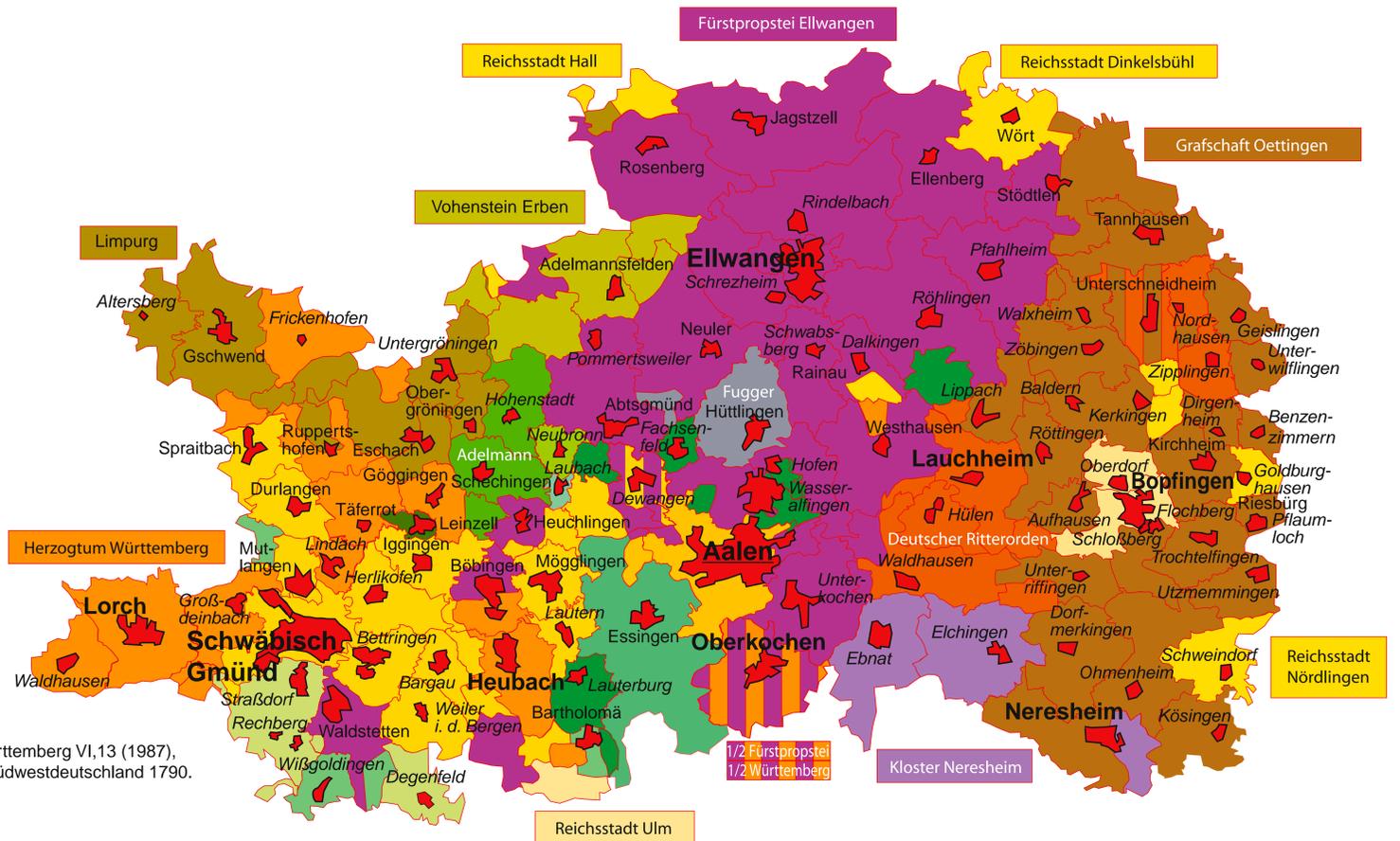
- 03 Grafschaft Oettingen
- 04 Herzogtum Württemberg
- 05 Deutscher Ritterorden

Freie Reichsstädte

- 06 Aalen
- 07 Bopfingen
- 08 Dinkelsbühl
- 09 Gmünd
- 10 Hall
- 11 Nördlingen
- 12 Ulm

Adel

- 13 Adelsmann
- 14 Beroldingen
- 15 Degenfeld-Schönburg (1/3)/
Woellwarth
- 16 Fugger
- 17 Holz
- 18 Lang
- 19 Limpurg
- 20 Rechberg
- 21 Thannhausen
- 22 Vohenstein Erben
- 23 Werneck
- 24 Woellwarth



Karte nach: Historischer Atlas von Baden-Württemberg VI,13 (1987),
Herrschaftsgebiete und Ämtergliederung in Südwestdeutschland 1790.
Graphik: Dr. Bernhard Hildebrand

Die Geschichte des Ostalbkreises - Grundlagen vor über 200 Jahren

Die Grundlagen für die heutigen Verwaltungsstrukturen in Baden-Württemberg reichen über 200 Jahre zurück, in eine Zeit, in der nicht nur in Süd- deutschland kirchliche und weltliche Territorien, die in Jahrhunderten gewachsen waren, quasi über Nacht und mit einem Federstrich beseitigt wurden.

Was war geschehen? In den Kriegswirren nach der französischen Revolution krepelte ein französischer Kaiser namens Napoleon Bonaparte die politischen Verhältnisse in Europa vollkommen um. Der württembergische Herzog Friedrich II. verstand es, immer auf der richtigen Seite zu stehen, und wurde so Schritt um Schritt mächtiger und bedeutender. Nach seiner Erhebung zum Kurfürst wurde er mit Wirkung zum 1. Januar 1806 sogar zum ersten württembergischen König, jetzt mit Namen Friedrich I.

Auch territorial hatte man sich verbessert. Weil der Rhein als neue Ostgrenze Frankreichs festgelegt wurde, musste Friedrich für seine links des Rheins gelegene Grafschaft Mömpelgard entschädigt werden, die seit 1397 zu Württemberg gehört hatte. Die Entschädigung viel reichlich aus: Zwischen 1802/3 und 1806 wurden zahlreiche kirchliche und weltliche Territorien zur Entschädigungsmasse, so dass Württemberg von 9.500 auf ca 19.500 Quadratkilometer Größe anwuchs.

Der bunte Flickenteppich aus vielen reichsunmittelbaren, also selbständigen Herrschaften, wurde so beseitigt. Allein im Gebiet des heutigen Ostalbkreises waren es um 1790 noch 24 Herrschaften gewesen, im gesamten Gebiet des alten Reiches spricht man immer von fast 1.800 Herrschaften.

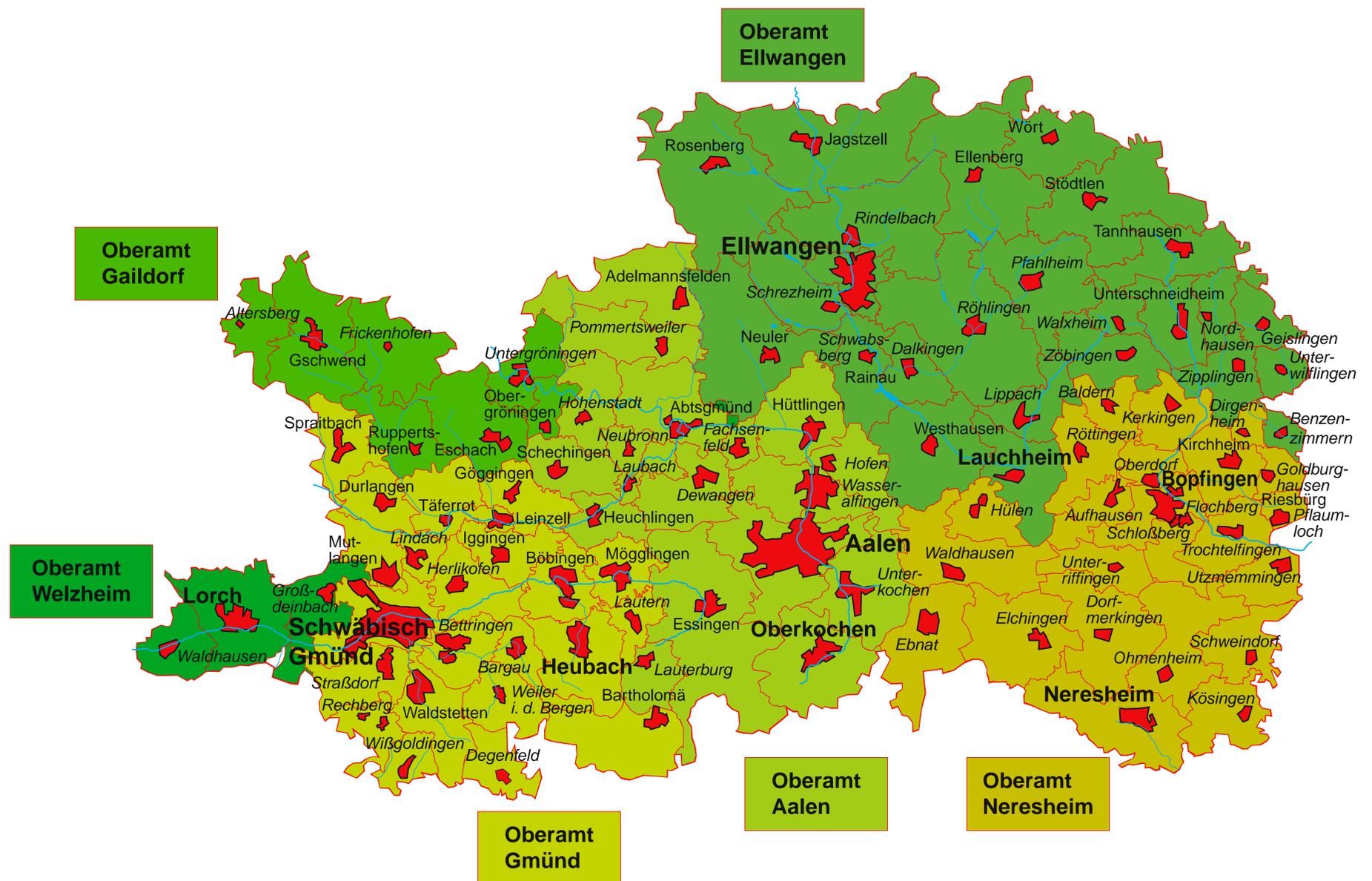
Für die Bewohner des heutigen Ostalbkreises änderte sich viel. Für die Untertanen der Fürstpropstei Ellwangen hatte es immer geheißen: „Unterm Krummstab ist gut leben“. Plötzlich fanden sich die jungen Männer als Soldaten auf den Schlachtfeldern Europas wieder, allein vom Russlandfeldzug kamen von den 15.800 württembergischen Teilnehmern nur 387 zurück.

Auch im zivilen Bereich änderte sich so gut wie alles, der Neubronner Pfarrer und Zeitzeuge Johann Gottfried v. Pahl sah sich so zu folgender resignierender Aussage veranlasst: „Übrigens war durch die täglichen Reformen nichts gebaut, aber viel zerstört und zerrüttet; alles Alte, es mochte so gut und so haltbar sein, als es wollte, musste fallen, sobald es sich nicht über den neuen Leisten ziehen ließ; die bescheidensten Vorstellungen wurden mit Derbheit zurückgewiesen; die gesamte Bürgermoral für alle Klassen der Untertanen, die sich durch Aufhebung aller Standesrechte vollkommen assimiliert sahen, sprach sich in der Maxime aus: ...schweigen, gehorchen und bezahlen!“

(Johann Gottfried v. Pahl, *12. Juni 1768 in Aalen; † 18. April 1839 in Stuttgart)



Der heutige Ostalbkreis besteht aus Teilen von 6 Oberämtern



Die Neueinteilung des Landes - Oberämter als direkte Rechtsvorgänger der heutigen Landkreise

Bereits im November 1802 klopfen württembergische Beamte an die Stadttore von Aalen und Schwäbisch Gmünd und überreichen sogenannte Besitzergreifungspatente. Ähnlich ging es auch anderen Reichsstädten sowie der Fürstpropstei Ellwangen. Wenige Jahre später waren dann die vielen Adels herrschaften an der Reihe und auch der ebenso gebietshungrige Nachbar, der König von Bayern, bediente sich in der Gegend um Bopfingen am Riesrand und im Gebiet der Grafschaft Öttingen. So kommt es, das Bopfingen von 1802 bis 1810 zu Bayern gehörte, andere Orte der 1806 mediatisierten Grafschaft Öttingen im östlichen Teil des heutigen Kreisgebietes ebenfalls, wie z. B. Unterschneidheim.

Der straff geführte württembergische Beamtenapparat begann sehr schnell damit, das neugewonnene Land verwaltungstechnisch einzuteilen. Schon 1803 entstanden die ersten Oberämter, wie z. B. Aalen und Schwäbisch Gmünd. Aber erst mit dem Staatsvertrag mit Bayern im Jahr 1810 war dieser Prozess abgeschlossen und die heute noch gültige Landesgrenze zu Bayern war entstanden. Damit gehörten die Ortschaften des heutigen Ostalbkreises damals zu den Oberämtern Aalen, Ellwangen, Gmünd, Gaildorf, Neresheim und Welzheim (bis 1819 Oberamt Lorch benannt).

Für die Größe dieser neuen Verwaltungseinheiten gab es offenbar die Vorgabe, dass man eine Einwohnerzahl um die 20.000 erreichen sollte. Die Oberämter wurden zusammengefasst in zunächst zwölf Kreisen und kurz darauf in ebenso vielen Landvogteien.

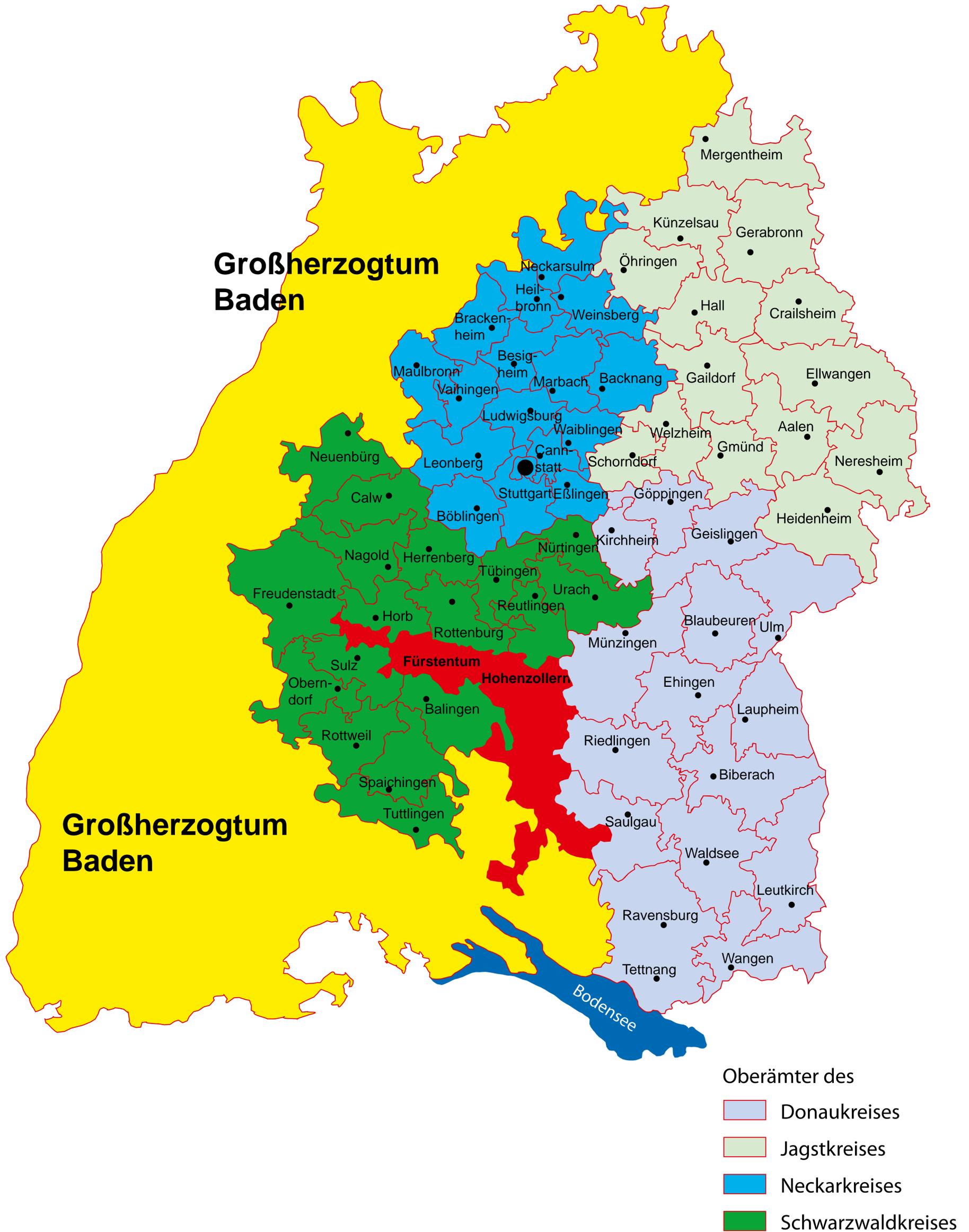
Relativ bald, schon 1818 wurde Württemberg in 4 Kreise eingeteilt, die von der Größe her den französischen Departements entsprachen: Donaukreis, Jagstkreis, Neckarkreis und Schwarzwaldkreis. Sitz der Kreisregierung des Jagstkreises wurde Ellwangen, das damit faktisch die Bedeutung des Sitzes eines heutigen Regierungspräsidiums erhielt.

Bis 1818, bis zum Königlichen Edikt über die Gemeinde- und Oberamtsverfassung blieb das Land verwaltungstechnisch trotzdem eine Baustelle. Erst jetzt wurden dauerhafte Strukturen geschaffen, die sich (mit unbedeutenden Änderungen) bis zur Kreisreform des Jahres 1938 hielten. Damit waren die Oberämter sehr langlebig, sie hatten sich mit der Zeit in den Köpfen der Bevölkerung fest eingepreßt, in mancher Beziehung existieren sie heute noch, wie z. B. bei den Verbreitungsgebieten der Zeitungen im Ostalbkreis.

Der württembergischen Zeit verdanken wir dann eine Reihe von historischen Quellen, um die uns andere beneiden. Allem voran sind dies die 64 Bände der Württembergischen Oberamtsbeschreibungen, die in ihrer Genauigkeit heute noch wegweisend sind und die eine Landesbeschreibung im besten Sinne liefern. Genauso detailliert sind die Württembergischen Hof- und Staatshandbücher, die in kurzen Abständen erschienen sind. Erste brauchbare Karten lieferte die württembergische Landesvermessung, die heute mittlerweile historischen wertvollen Karten für den Ostalbkreis ab 1829 sind im Internet zu bestaunen unter www.ostalbmap.de.

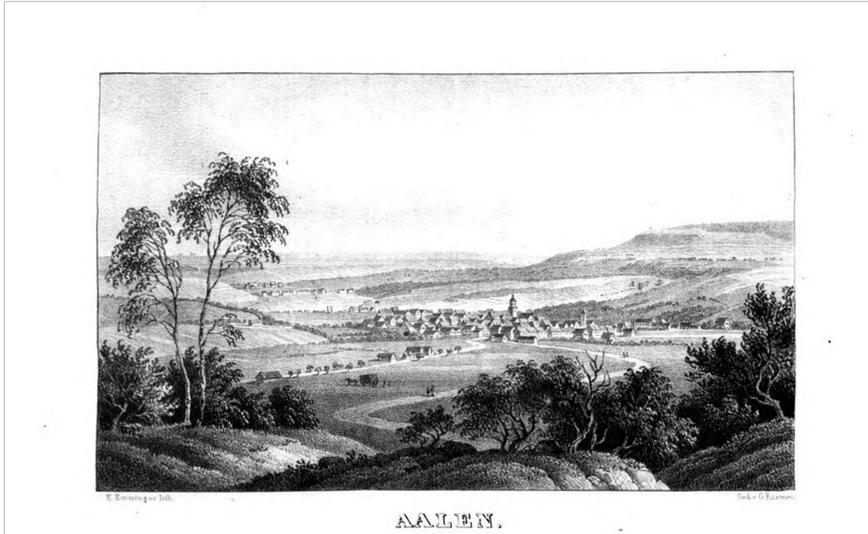


Verwaltungseinteilung des Königreichs Württemberg in Oberämter und Kreise (Stand um 1835)





Das Oberamt Aalen



Ansicht von Aalen. Beschreibung des Oberamts Aalen, 1854

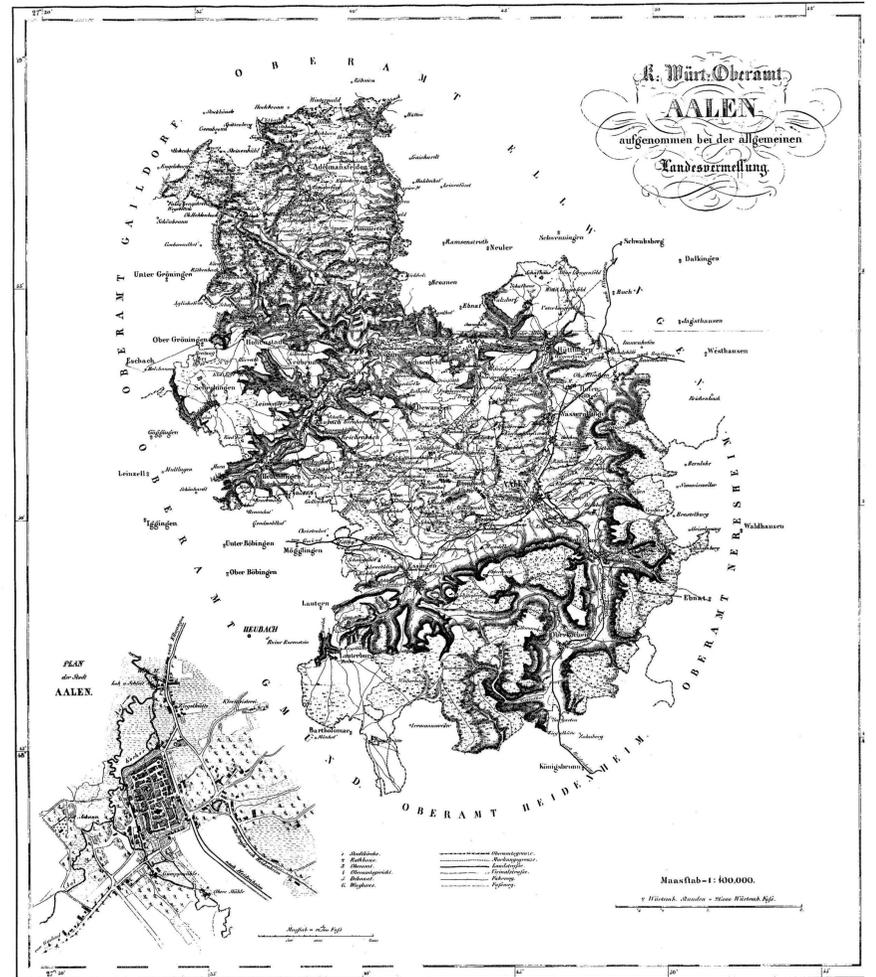
- 1803 gegründet
- 1806 durch mediatisierte Rittergüter erweitert
- 1934 umbenannt in Kreis Aalen
- 1938 aufgegangen im Landkreis Aalen

Einwohnerzahlen

1824	18.749	Einwohner	1900	30.099	Einwohner
1828	20.169	Einwohner	1922	35.988	Einwohner
1862	25.642	Einwohner	1928	36.416	Einwohner

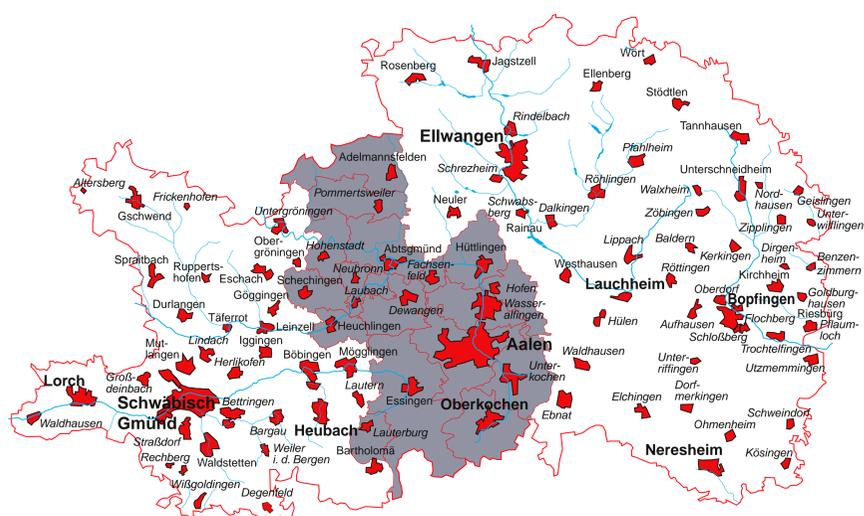
Als im September 1802 württembergische Beamte an die Tore der kleinen und vollkommen unbedeutenden Freien Reichsstadt Aalen klopfen, war es mit der Selbständigkeit vorbei. Aalen wurde württembergische Oberamtsstadt und Mittelpunkt eines zunächst kleinen Bezirks aus ehemaligen Gütern der Fürstpropstei Ellwangen, eigenen reichsstädtischen Besitzungen und dem Gmünder Anteil am Dorf Dewangen. Erst mit der Mediatisierung der Rittergüter 1806 entstand das Oberamt in der Form, die es im Großen und Ganzen bis 1938 behielt.

Die Form des Oberamtsbezirks war etwas unglücklich gewählt. Im Norden gehörten noch die im Virngrund liegenden Gemeinden Adelmansfelden und Pommertsweiler zum Oberamt Aalen, obwohl sie viel näher an Ellwangen gelegen waren und auch dorthin historische Verbindungen hatten. Hier kam die Vorschrift zum Tragen, die Oberämter auf eine Einwohnergröße von 20.000 hin auszurichten.



Karte aus der Beschreibung des Oberamts Aalen, 1854

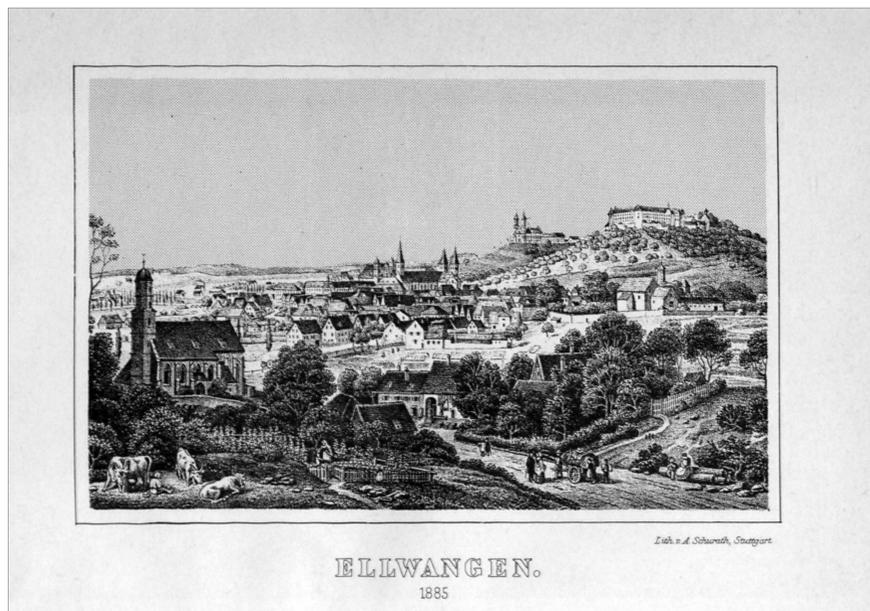
Die Stadt Aalen profitierte wie immer schon von ihrer Lage. Bereits 1861 kam der Anschluss an die Remsbahn und schon der Bahnbau hatte die wirtschaftliche Lage der Stadt verbessert. Die Verdoppelung der Einwohnerzahlen in 104 Jahren ist recht ungewöhnlich. Grund dafür war die starke Industrialisierung in Aalen und vor allem in Wasseralfingen: Hier entstand im 19. Jahrhundert das „Ruhrgebiet Württembergs.“ In Aalen und vor allem in Wasseralfingen wurde das Stufz des Braunen Jura bergmännisch abgebaut und in den Schwäbischen Hüttenwerken in Wasseralfingen weiter verhüttet. Vor allem der Technikpionier Bergrat Faber du Faur führte hier die Werke in Wasseralfingen zu einem noch nie da gewesenen Aufschwung.



Gemeinden des Oberamts Aalen im heutigen Ostalbkreis



Das Oberamt Ellwangen



Ansicht von Ellwangen. Beschreibung des Oberamts Ellwangen, 1886



Karte aus der Beschreibung des Oberamts Ellwangen, 1886

- 1803 gegründet
- 1810 im Osten erweitert um seither bayerische Gemeinden
- 1934 umbenannt in Kreis Ellwangen
- 1938 zum größten Teil aufgegangen im Landkreis Aalen

Einwohnerzahlen

1824	24.625 Einwohner	1900	30.202 Einwohner
1828	25.547 Einwohner	1922	32.265 Einwohner
1862	29.839 Einwohner	1928	31.854 Einwohner

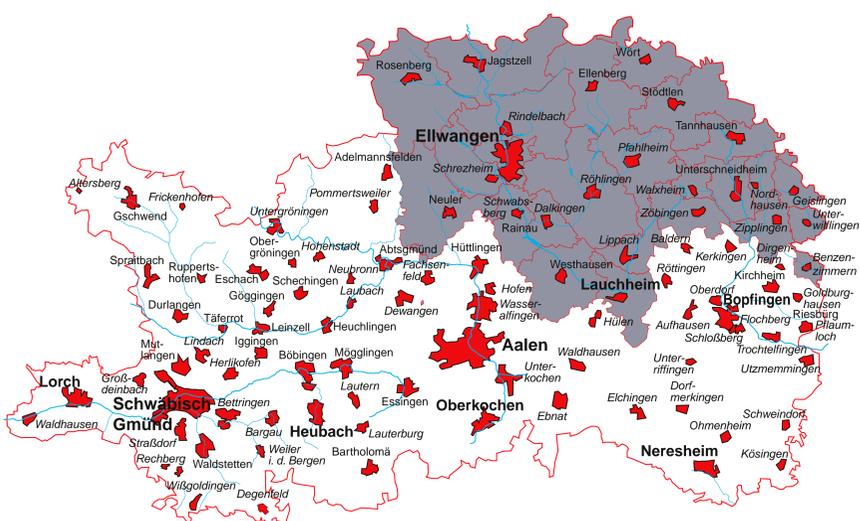
Das Oberamt Ellwangen bestand zum größten Teil aus Gebieten der ehemaligen Fürstpropstei Ellwangen. Im Jahr 1810, nach dem Staatsvertrag mit Bayern, wurde es im Osten noch bedeutend vergrößert um vorherige bayerische Gebiete der mediatisierten Grafschaft Öttingen und des ebenfalls enteigneten Deutschen Ritterordens wie z. B. in Unterschneidheim.

Geographisch gesehen war dieser zweitgrößte Oberamtsbezirk Württembergs zweigeteilt. Im Norden und Nordwesten befanden sich die dicht bewaldeten Stubensandsteinhöhen der Ellwanger Berge, im Süden des Oberamts sind die weiten Schwarzjura- und Braunjuraflächen des Albvorlands zu finden. Durch die Gemarkungen Westhausen und Lauchheim gehörte schließlich noch ein Teil der Hochfläche des Härtsfeldes zum Oberamt.

Diese Zweiteilung wirkte sich direkt auf die Landwirtschaft aus, die besonders im Bereich des Stubensandsteins sehr schlechte Voraussetzungen antraf - für ein rein landwirtschaftlich strukturiertes Oberamt ist dies von großer Bedeutung. Deshalb hatten sich schon in der Zeit der Fürstpropstei alternative Gewerbe entwickelt, wie z. B. Öl- und Sägmühlen, Fischzucht und Glashütten. Der Virngrund zeichnet sich noch heute durch besondere Siedlungsformen aus: Auf den Gemarkungen gibt es sehr viele verstreute Wohnplätze und auch die Zahl an Wüstungen (im spätmittelalter aufgelassene Siedlungsstellen) ist hier besonders hoch.

Ganz anders war die Situation in der Oberamtsstadt selbst: Ellwangen hatte sich durch die Säkularisation nicht verschlechtert: Aus der ehemaligen barocken Residenzstadt wurde zunächst das Zentrum von Neuwürttemberg, also aller neuerwerbener Gebiete, kurzzeitig war man sogar Universitätsstadt. 1818 wurde Ellwangen schließlich Kreissitz des neu gegründeten Jagstkreises, der von der Bedeutung her einem heutigen Regierungspräsidium entsprach, und der aus der Stadt ein württembergisches Behördenzentrum machte.

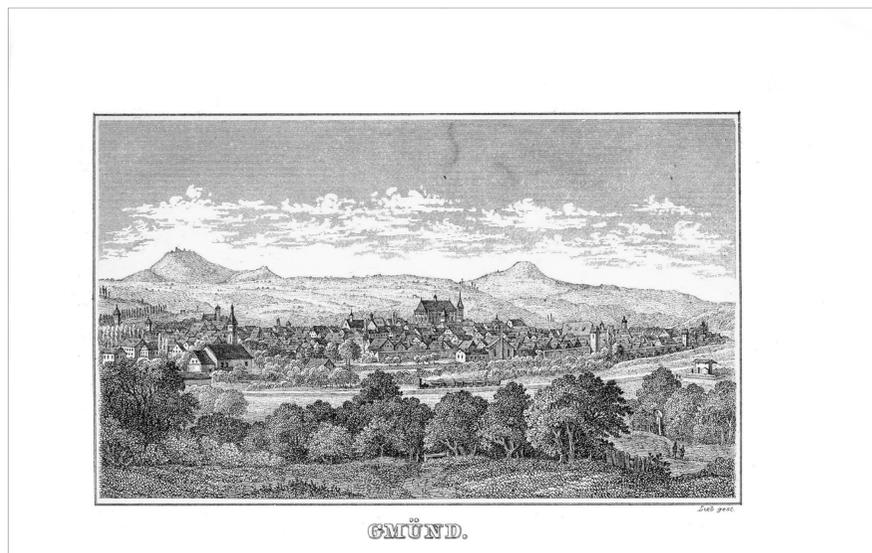
Nennenswerte Industrie gab es im Oberamt nicht, woran auch der Anschluss an die Jagstbahn 1866 nicht viel änderte. Seit 1912 belieferte die UJAG, als einziger größerer Betrieb, von Ellwangen aus ein großes Einzugsgebiet mit Strom.



Gemeinden des Oberamts Ellwangen im heutigen Ostalbkreis



Das Oberamt Gmünd



Ansicht von Gmünd. Beschreibung des Oberamts Gmünd, 1870

- 1803 gegründet
- 1934 umbenannt in Kreis Gmünd
- 1938 aufgegangen im Landkreis Schwäbisch Gmünd

Einwohnerzahlen

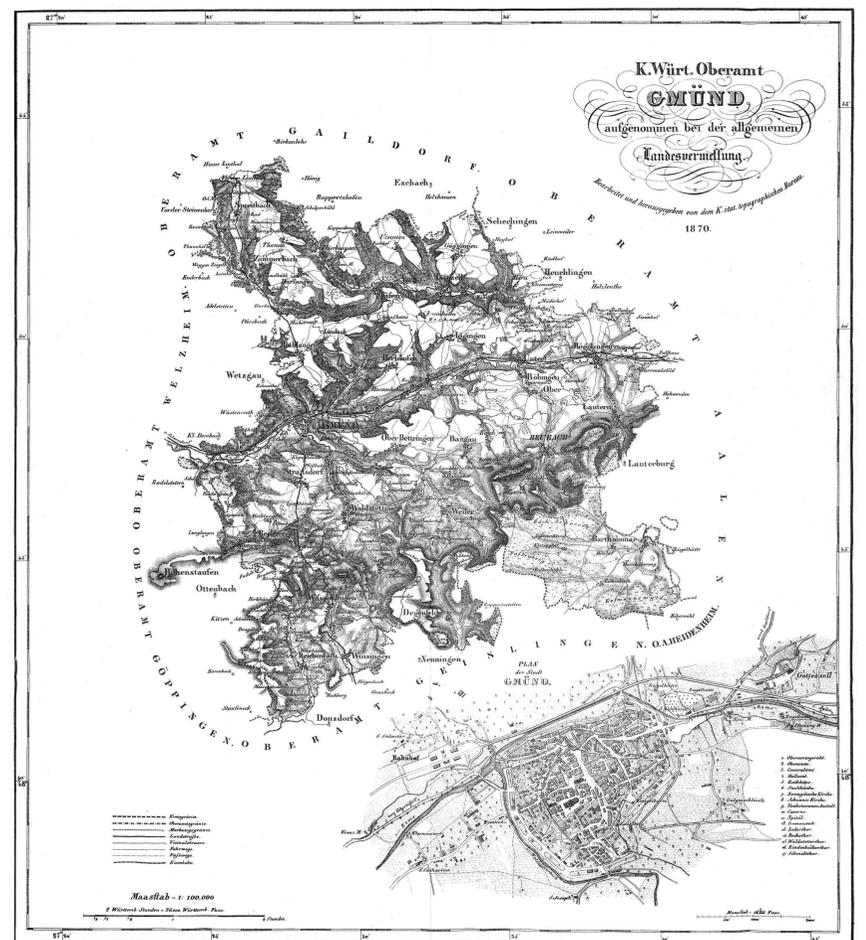
1824	22.214 Einwohner	1900	37.474 Einwohner
1828	22.760 Einwohner	1922	43.982 Einwohner
1862	26.904 Einwohner	1928	44.640 Einwohner

Von allen Städten im heutigen Ostwürttemberg war die Mediatisierung 1802 für die altherwürdige Reichsstadt Schwäbisch Gmünd der tiefste Abstieg. Der Bedeutungsverlust war riesig: Jahrhunderte lang war man die größte Stadt der Umgebung, von den Einwohnerzahlen her so groß wie Aalen und Ellwangen zusammen. Eine alte Tradition in der Schmuckindustrie und im Handwerk, später als Bijouteriewaren bezeichnet, garantierte der Stadt ein einkömmliches Leben und einen florierenden Handel mit ganz Europa.

Nicht weniger als sechs Klöster gehörten zur Stadt mit teilweise sehr bedeutenden Besitzungen und Rechten. Vom städtischen Magistrat wurden diese Güter verwaltet und wie die Karte des alten Reiches zeigt, war die Reichsstadt über die Klöster und Stiftungen im Besitz eines großen Teils ihres Umlandes. Der Besitz war so groß, dass die kleinen und unbedeutenden Reichsstädte Aalen und Bopfingen eigentlich nur davon träumen konnten.

Und dann kam dieser Tag im September des Jahres 1802: Wie in Aalen und Ellwangen klopften württembergische Beamte an die Stadttore und übergaben ein „Besitzergreifungspatent“ des Kurfürsten Friedrich II. von Württemberg. Kurz darauf wurde der Magistrat auf Württemberg vereidigt (würtembergische Soldaten waren dazu angetreten) und damit wurde der Reichsstadtherrlichkeit quasi mit einem Federstrich ein Ende bereitet.

Schwäbisch Gmünd war als Reichsstadt katholisch geblieben. Dieser Umstand verschärfte die Übernahmbedingungen der evangelischen Württemberger beträchtlich. Viele Feiertage wurden gestrichen, die Klöster wurden



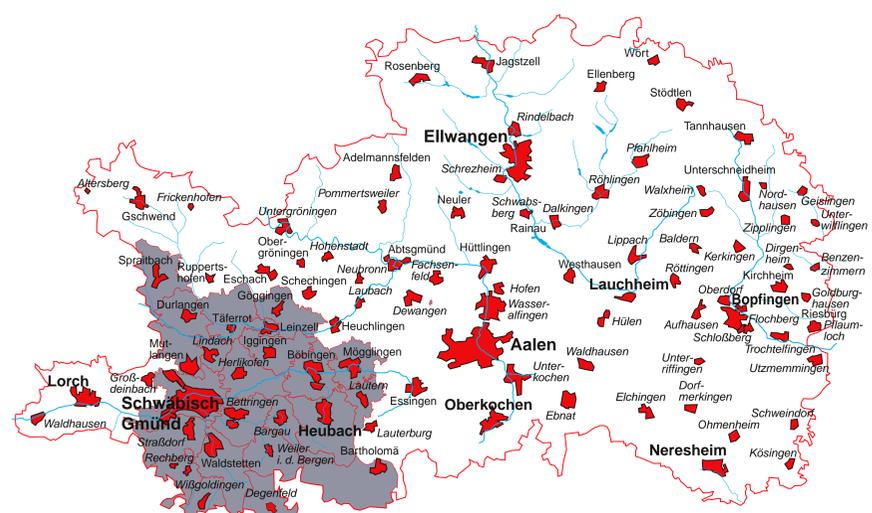
Karte aus der Beschreibung des Oberamts Gmünd, 1870

aufgelöst, die Gebäude entweder verkauft oder als Oberamtsgebäude, Kaserne oder Schule genutzt. Die Kirchen- und Klosterschätze, vor allem Gegenstände aus dem religiösen Gebrauch, wurden nach Ludwigsburg gebracht und dort eingeschmolzen. Die Bibliotheken der Klöster wurden nach Ellwangen transportiert und dort zentralisiert.

Aus der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd wurde die württembergische Oberamtsstadt Gmünd, das „Schwäbisch“ im Namen wurde ersatzlos gestrichen. Als erstes wurde das Gmünder Einhorn von den öffentlichen Gebäuden entfernt und durch das württembergische Wappen ersetzt. Den Gmünder Stadtchronisten Dominikus Debler veranlasste dies zur folgenden Bemerkung:

„So kann man aus übertriebener Schmeichelei oder vielmehr unverstand oder Bosheit an den Kirchen-Tor und allenthalben das Einhorn weggerissen, geschlagen, gehauen, als wenn jetzt nicht die Stadt ihr altes Stadtzeichen mehr führen dürfte.“

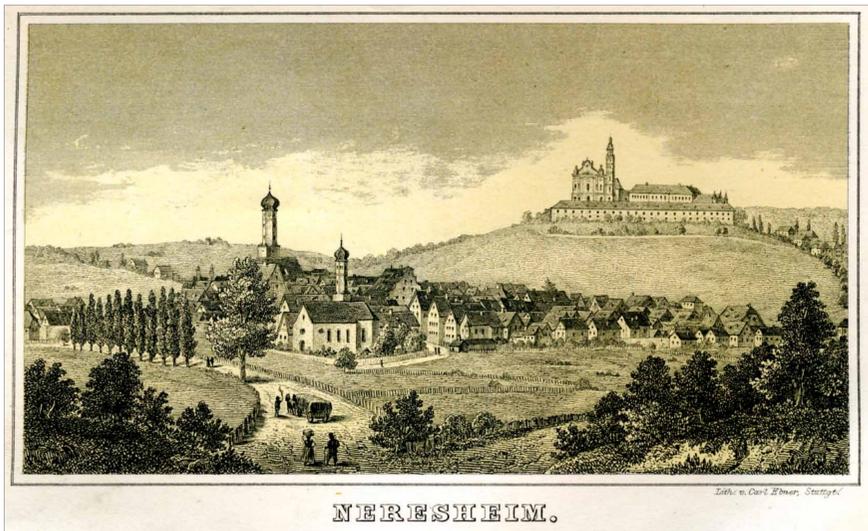
Die Ironie der Geschichte kommt zum Schluss: Württemberg hatte in Gestalt des dicken Friedrich darauf gedrängt, schon im Dezember 1802, also schon vor dem Inkrafttreten des „Reichsdeputationshauptschlusses“ 1803, sämtliche Einnahmen der neuen Gebiete zu bekommen. Vom Termin her klappte das alles prima. Nur: Während die kleine und bescheidene Kocherstadt Aalen wenigstens eine geordnete Haushaltsführung nachweisen konnte und sogar einige Gulden in der Kasse hatte, war für Friedrich II. von Württemberg die Stadt Gmünd ein denkbar schlechtes Geschäft. Die Verschuldung der Stadt wird für das Jahr 1802 mit einer Million Gulden veranschlagt. Schuld war nicht nur das Missmanagement des Magistrats, zusätzlich hatten die Kosten der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre dem städtischen Haushalt sehr zugesetzt. Immerhin aber schafften es die Gmünder ihr vormals reichsstädtisches Territorium fast ganz in das neue Oberamt Gmünd mitzunehmen.



Gemeinden des Oberamts Gmünd im heutigen Ostalbkreis



Das Oberamt Neresheim



Ansicht von Neresheim. Beschreibung des Oberamts Neresheim, 1872

- 1810 gegründet
- 1934 umbenannt in Landkreis Neresheim
- 1938 aufgegangen im Landkreis Aalen, mehrere Gemeinden im Landkreis Heidenheim

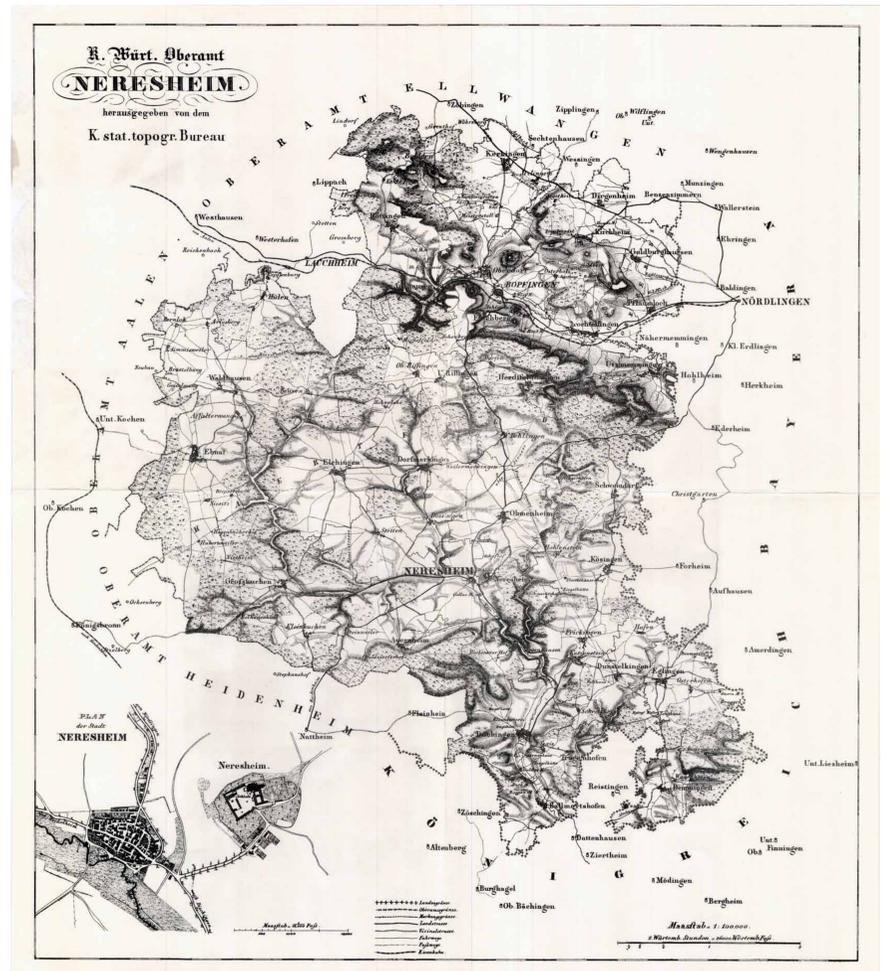
Einwohnerzahlen

1824	22.087 Einwohner	1900	20.815 Einwohner
1828	22.932 Einwohner	1922	21.489 Einwohner
1862	23.064 Einwohner	1928	20.960 Einwohner

Das Oberamt Neresheim gliedert sich in zwei gänzlich unterschiedliche Teile. Der größere gehörte zum Härtsfeld um die Oberamtsstadt Neresheim, der kleinere nördliche Teil um Bopfingen hatte sogar Anteil am fruchtbaren Nördlinger Ries.

„Auf dem Härtsfeld ist es einen Kittel kälter“. Dieser Spruch aus dem Volksmund beschreibt sehr schön das Härtsfeld. Die Stuttgarter hatten noch eine drastischere Formulierung. Für sie war die Gegend um Neresheim gar „Schwäbisch Sibirien.“ So kam dann auch die Abordnung eines württembergischen Beamten in die Oberamtsstadt einer Strafversetzung gleich.

Auf den extremen Höhenlagen des Härtsfeldes um Ebnat, Hülen und Elchingen war zunächst einmal der Mangel an Wasser das wichtigste Thema. Hier gab es weder fließende Gewässer noch – durch die Verkarstung des Kalksteins – brauchbare Brunnen. So mussten Mensch und Tier aus Hülben und Zisternen versorgt werden, in denen das Regenwasser aufgefangen wurde. Die Krankheitsanfälligkeit und die Säuglingssterblichkeit waren entsprechend hoch. Erst im Jahr 1892 wurde dieses Problem mit der Albuch-Härtsfeld-Wasserversorgung gelöst.



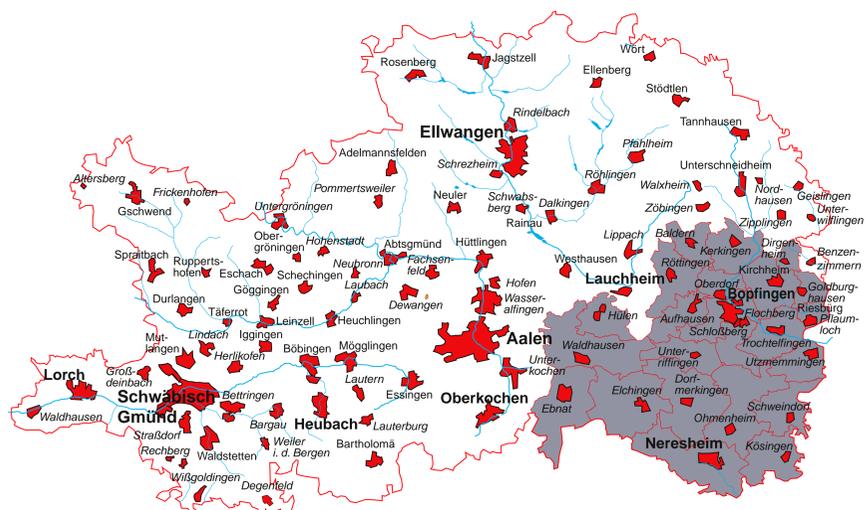
Karte aus der Beschreibung des Oberamts Neresheim, 1872

Das nächste Problem waren die für die traditionelle Landwirtschaft sehr kargen Böden. Der Bauer auf dem Härtsfeld hatte pro Hektar ziemlich genau die Hälfte Ertrag an Getreide als sein Kollege in Pflaumloch am Riesrand.

Dazu war das Härtsfeld bis zum Bau der Härtsfeldbahn 1901 verkehrstechnisch überhaupt nicht erschlossen.

Wesentlich leichter hatten es da die Menschen im Nördlichen Teil des Oberamts in der Gegend um Bopfingen: Hier gab es derartige natürliche Beschränkungen nicht. Einzig die neue Landesgrenze machte sich bemerkbar. Während Bopfingen früher sehr zentral gelegen war, befand man sich jetzt an der äußersten Peripherie des Königreichs.

Die bescheidenen Standortfaktoren des Härtsfeldes drücken sich direkt in der Bevölkerungsentwicklung aus, die Einwohnerzahlen sind wegen der Auswanderungswelle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sogar rückläufig.

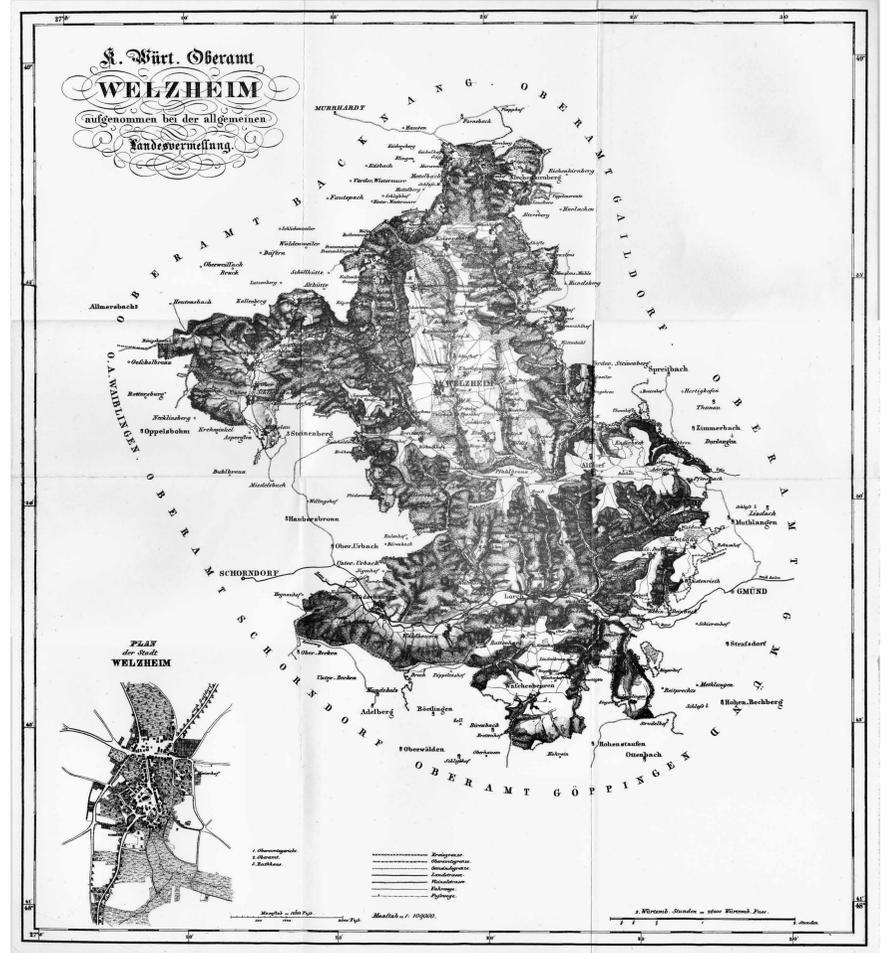
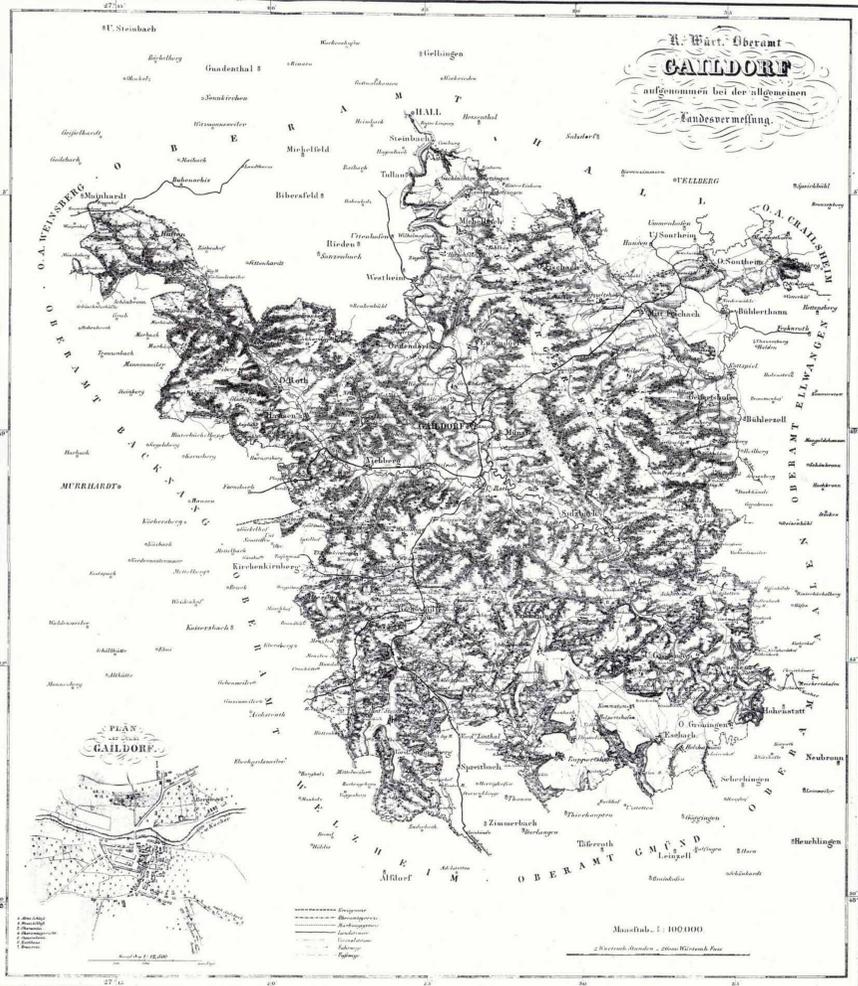


Gemeinden des Oberamts Neresheim im heutigen Ostalbkreis



Oberamt Gaildorf

Oberamt Welzheim



Karte aus der Beschreibung des Oberamts Gaildorf, 1852

Karte aus der Beschreibung des Oberamts Welzheim, 1845

1807 gegründet
 1934 umbenannt in Kreis Gaildorf
 1938 aufgegangen im Landkreis Backnang

1807 gegründet
 1810 - 1819 war Lorch Oberamtssitz: Oberamt Lorch
 1819 Oberamt Welzheim
 1934 umbenannt in Kreis Welzheim
 1938 aufgelöst. Gemeinden verteilt auf die Landkreise Waiblingen, Gmünd, Backnang und Göppingen.

Einwohnerzahlen

1824	21.281 Einwohner	1900	23.875 Einwohner
1828	22.536 Einwohner	1922	22.542 Einwohner
1862	24.159 Einwohner	1928	21.633 Einwohner

Einwohnerzahlen

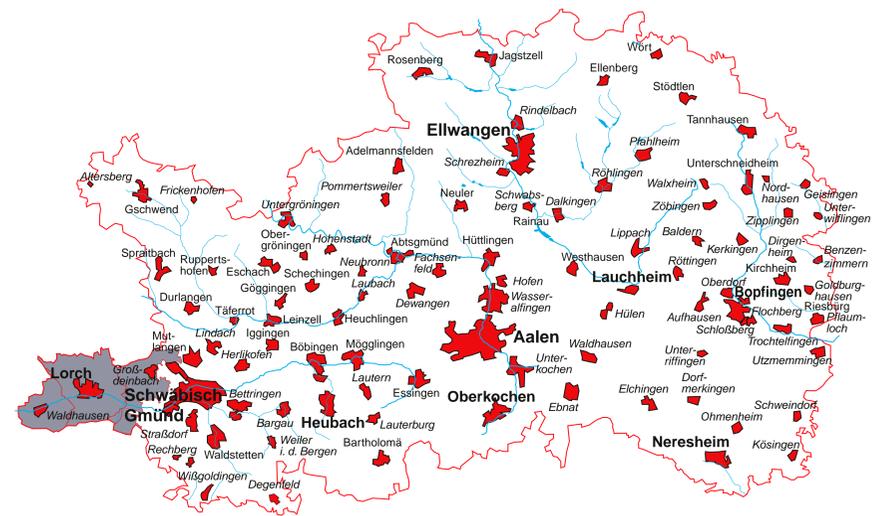
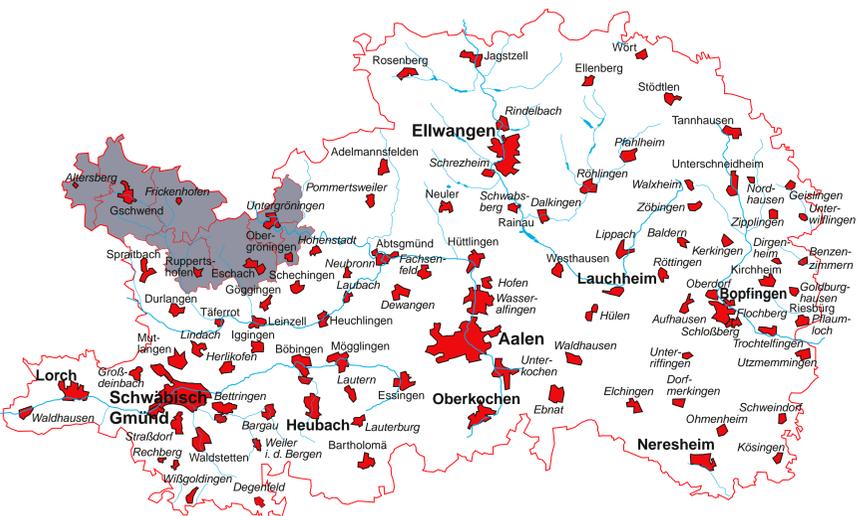
1822	18.337 Einwohner	1900	20.241 Einwohner
1828	19.336 Einwohner	1922	22.574 Einwohner
1862	20.433 Einwohner	1928	22.666 Einwohner

Das Oberamt Gaildorf entstand im Wesentlichen aus sechs Landesteilen der ehemaligen Stammlande der Schenken von Limpurg, deren Erbe nach dem Aussterben beider Linien aufgeteilt wurde und Streubesitz mehrerer anderer Herrschaften, darunter Württemberg.

Das Oberamt Welzheim entstand 1807 im Wesentlichen aus bereits alten, württembergischen Besitzungen. Die fast stagnierenden Einwohnerzahlen dürften auf die schwierigen Lebensumstände im Welzheimer Wald zurückzuführen sein.

Zum heutigen Ostalbkreis kamen die Gemeinden Altersberg, Eschach, Frickenhofen, Gschwend, Ruppertshofen und Untergröningen. Altersberg und Frickenhofen sind heute Ortsteile der Gemeinde Gschwend, Untergröningen ist nach Abtsgmünd eingemeindet.

Zum heutigen Ostalbkreis kamen aus dem Oberamt Welzheim nur die Gemeinden Großdeinbach (heute Stadtteil von Schwäbisch Gmünd) und die Stadt Lorch mit ihrem heutigen Stadtteil Waldhausen.

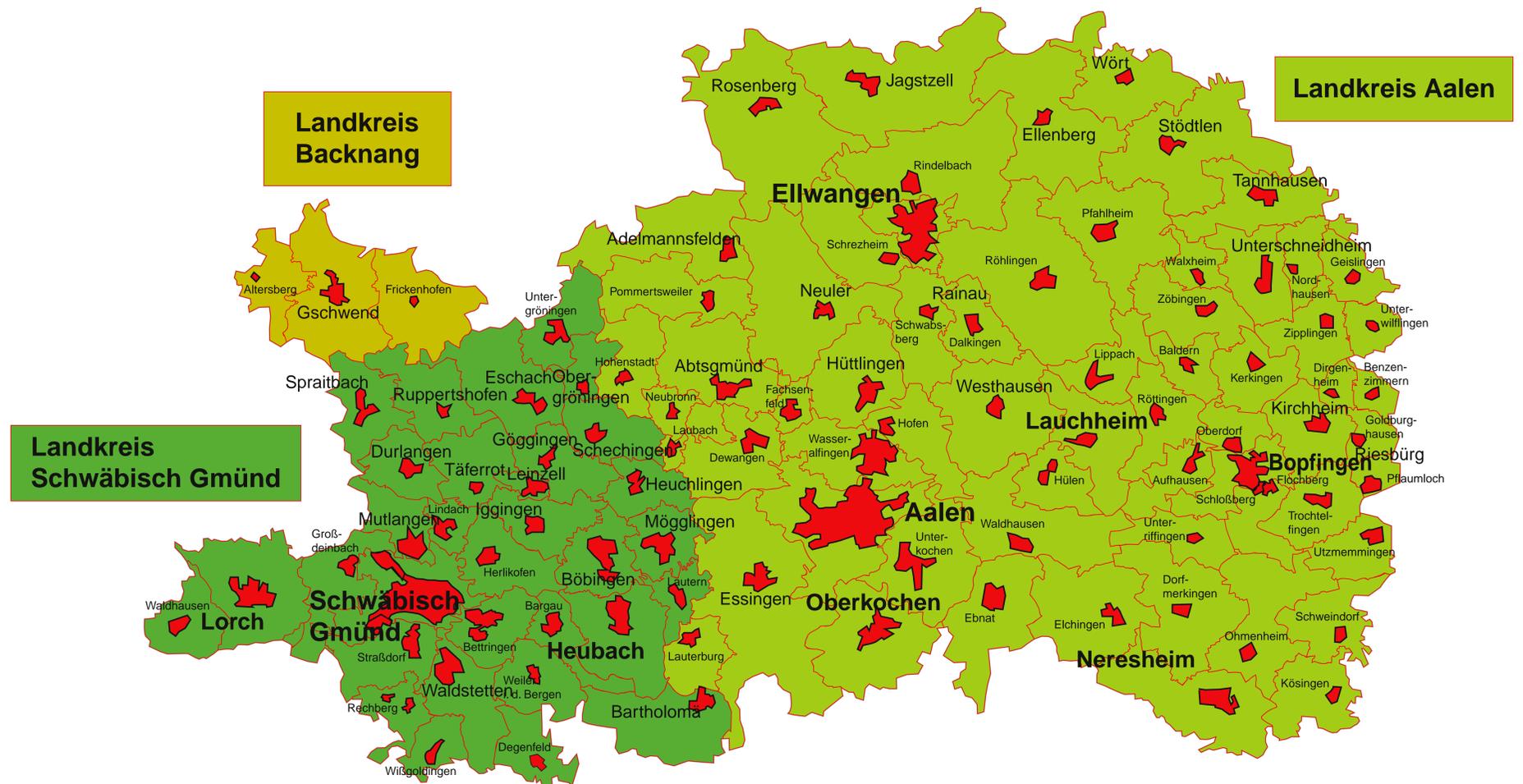


Gemeinden aus dem Oberamt Gaildorf im heutigen Ostalbkreis

Gemeinden aus dem Oberamt Welzheim im heutigen Ostalbkreis



1. Oktober 1938: Die Entstehung der Landkreise



Die württembergischen Oberämter hatten mit wenigen Ausnahmen sehr lange Bestand. Die Einteilung des Landes von 1803 bzw. 1810 hatte sich aber nach über 100 Jahren als vollkommen überholt dargestellt. Die ursprüngliche Direktive, Verwaltungsbezirke von 20.000 Einwohnern zu schaffen war durch das unterschiedliche Bevölkerungswachstum mehr als verzerrt. Selbst bei den Oberämtern im Gebiet des heutigen Ostalbkreises lässt sich dies zeigen: Während die Bevölkerungszahlen der Oberämter Neresheim, Gaildorf und Welzheim über 100 Jahre so gut wie stagnierten, verdoppelte sich in den Oberämtern Aalen und Gmünd die Einwohnerzahl, in Ellwangen stieg sie immerhin noch um fast ein Drittel.

Bereits am 1. April 1924 wurden die vier 1818 eingerichteten Kreise Jagstkreis, Donaukreis, Neckarkreis und Schwarzwaldkreis aufgelöst. Um eine reichsweite Vereinheitlichung der Begriffe zu erreichen, folgte 1934 die Umbenennung der Oberämter in Kreise, aus dem Oberamtmann wurde der Landrat. Zwischenzeitlich gab es auch noch auf Oberamtsebene Reformen, aus den ursprünglich 63 Oberämtern von 1818 blieben im Jahr 1938 noch 61 übrig.

Es wird immer wieder betont, dass die württembergischen Oberämter sich durch ihr langes Bestehen tief in die Köpfe der Bevölkerung eingegraben hatten und dass eine notwendige Reform erst in der Diktatur des Dritten Reiches so überhaupt möglich war.

Jedenfalls wurden mit Wirkung zum 1. Oktober 1938 die ehemaligen Oberämter endgültig aufgelöst und zu größeren Einheiten zusammengelegt. Für Württemberg bedeutete dies: Aus den 61 Kreisen wurden 34 neue Landkreise.

Im Gebiet des heutigen Ostalbkreises entstanden zwei neue Landkreise. Die kleine Stadt Aalen hatte wieder einmal von ihrer Lage profitiert: Aus großen Teilen der Oberämter Aalen, Ellwangen und Neresheim entstand der auch im Vergleich zu seinen Nachbarn flächenmäßig sehr große Kreis Aalen. Vor allem für Ellwangen bedeutete dies in kürzester Zeit nach dem Verlust des Kreissitzes des Jagstkreises 1924 einen weiteren, schmerzlichen Verlust an Arbeitsplätzen aber auch an Zentralität.

Schwäbisch Gmünd dagegen wurde Kreissitz. Der neu gegründete Landkreis Schwäbisch Gmünd entsprach von der Größe her etwa dem Durchschnitt in Württemberg und hatte 3 Städte und 34 Landgemeinden in seinem Kreisgebiet.

Teile eines weiteren Landkreises gehören ebenso noch zum Gebiet des heutigen Ostalbkreises. Die Gemeinde Gschwend mit ihren Ortsteilen Altersberg und Frickenhofen gehörte damals zum neu gebildeten Landkreis Backnang.



Landkreise in Baden-Württemberg bis zum 31. Dezember 1972





Landkreis Aalen



1. Oktober 1938 gegründet
31. Dezember 1972 aufgelöst
1. Januar 1973 Rechtsnachfolger Ostalbkreis

Fläche: 1.079 qkm

Demokratisch gewählte Landräte:
1946 - 1970 Dr. Anton Huber
1970 - 1972 Dr. h. c. Gustav Wabro

Einwohner:

1939: 85.059 Einwohner
1950: 125.929 Einwohner
1961: 142.132 Einwohner
1970: 159.311 Einwohner

Die Geschichte der württembergischen Landkreise bis hin zum heutigen Ostalbkreis darf man uneingeschränkt als Erfolgsgeschichte bezeichnen. Zunächst aber hatten die 1938 gegründeten Kreise nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1945 ungeheure Herausforderungen zu bestehen. Nach Kriegsende gab es mit Max Freiherr von Lüttgendorf einen von der Militärregierung eingesetzten Landrat, schon bald aber, am 31. Mai 1946, wurde Dr. Anton Huber zum ersten demokratisch gewählten Landrat des Ostalbkreises. Die Bedeutung der Landkreise in den Jahren nach dem Krieg war als einzige funktionierende Staatsbehörde sehr groß, de facto unterstanden sie aber dem Befehl der jeweiligen, bei uns amerikanischen, Militärregierung.

Die Schlagworte der damaligen Zeit: Wiederaufbau, Entnazifizierung und demokratischer Neubeginn deuten schon die Dimensionen der damaligen Probleme an. Die größte Herausforderung jedoch war die Integration der Heimatvertriebenen.

Am 3. März 1946 begann im Durchgangslager Wasseralfingen die Ankunft von 32.000 Heimatvertriebenen, die auf ihrem Weg hierher schon unvorstellbares erlebt hatten. Die Situation im damaligen Kreis Aalen war schon schlimm genug: Die Menschen hatten nach einem langen und kräftezehrenden Krieg mit vielen Opfern auch unter der Zivilbevölkerung erst gerade die Stunde Null hinter sich. Der Einmarsch der amerikanischen Truppen – obwohl immer bemüht, unsinnige Opfer zu vermeiden – forderte nochmals Opfer und Zerstörung. Die Städte und Industrieanlagen hatten vor allem im letzten Kriegsjahr schwer gelitten, freilich in keinem Vergleich etwa zu den Zerstörungen im Ruhrgebiet.

Der Landkreis Aalen war damals ein weitgehend landwirtschaftlich strukturiertes Gebiet mit 65 Gemeinden und einer Infrastruktur, die wir uns heute so nicht mehr vorstellen können. So waren z. B. in den 50er Jahren nur 67 % unserer Gemeinden ausreichend mit Wasser versorgt. Noch 1957 waren von den 300 Kilometern Kreisstraßen nur 35 % asphaltiert und mit Stand zum 31.12.1946 gab es im Landkreis Aalen gerade mal 1.663 Fahrzeuge (bei 82.000 Einwohnern) die sich an 11 Tankstellen mit Treibstoff versorgen konnten, soweit dieser überhaupt zur Verfügung stand.

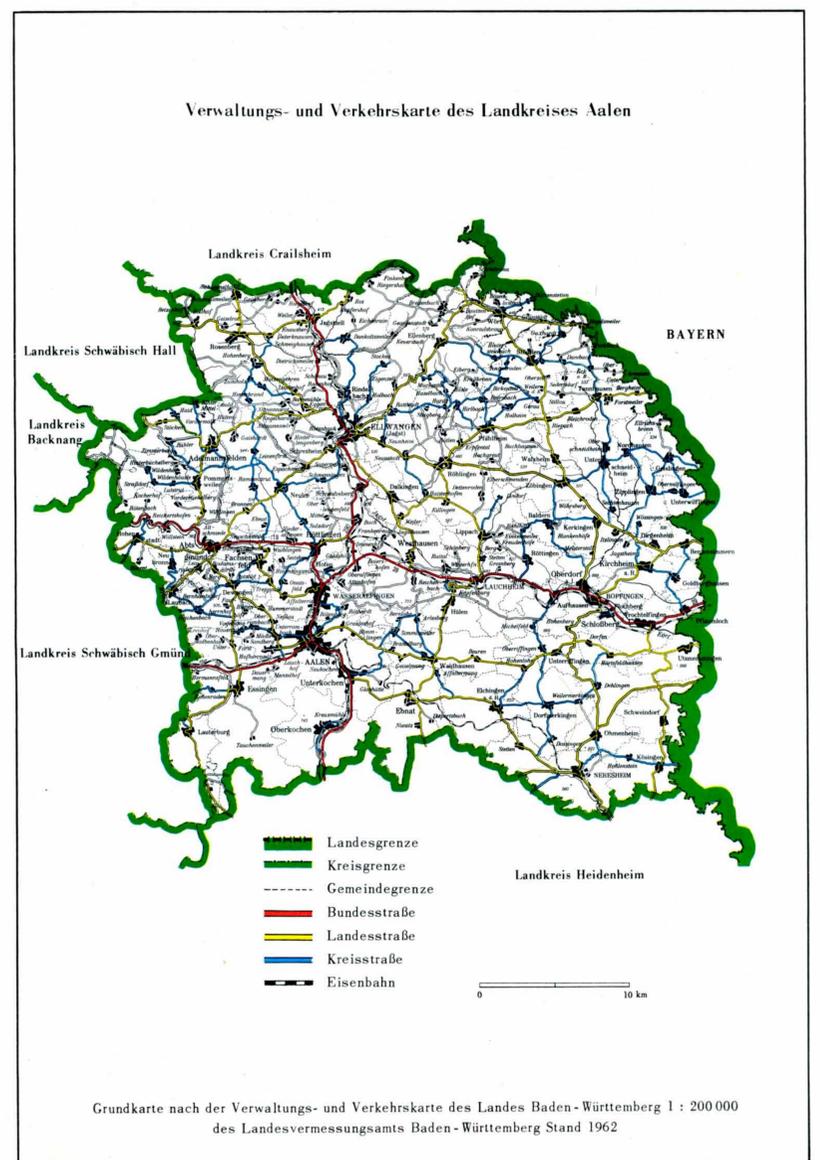
Die Verhältnisse im Krankenhauswesen waren ähnlich. In der Stadt Aalen z. B. konnte man die Versorgung mit Krankbetten schlichtweg nur als katastrophal bezeichnen. Das war die Ausgangslage für das Eintreffen der großen Flüchtlingsströme. Der Kreis Aalen musste vergleichsweise viele Heimatvertriebene aufnehmen, weil hier die Kriegszerstörungen moderater waren und so kamen alle 10 Tage Züge mit 1.000 – 1.200 Menschen an, die kaum noch Hab und Gut hatten und die vielfach bei der Vertreibung schreckliches erlebt hatten. Sehr schnell mussten diese Menschen auf die Gemeinden verteilt werden, den Transport regelte das Landratsamt und vor Ort waren die Bürgermeister mit der Aufnahme und Einquartierung beschäftigt. Es liegt auf der Hand, das dabei angesichts der Zahlen – im seitherigen Wohnraum von 82.000 Menschen mussten jetzt zusätzlich noch 32.000 Vertriebene untergebracht werden – Probleme nicht ausblieben. Dennoch ist den Aufzeichnungen zu entnehmen, dass in keinem einzigen Fall die Militärregierung eingeschaltet werden musste.

Probleme waren dennoch vorprogrammiert, weil es besonders im ländlichen Raum noch konfessionell sehr geschlossene Gemeinden gab, so kamen z. B. ins rein evangelische Oberdorf sehr viele katholische Heimatvertriebene. In der damaligen Zeit spielte die konfessionelle Zugehörigkeit eine sehr viel stärkere Rolle, als wir uns dies heute vorstellen können.

Von weiteren Problemen dieser Zeit berichten uns die Kreisratsprotokolle. Dort erfahren wir vom Fehlen von Textilien, fehlendem Baumaterial, im Jahr 1946 von einem großen Problem bei der Kartoffelversorgung, im Jahr 1948 zusätzlich von einer großen Wildschweineplage im Landkreis, aber auch von den Bemühungen des Landkreises und seiner Gemeinden ehrgeizige Bau-



Landratsamt Aalen 1938 - 1984



Bisher erschienen die Landkreise:
Heft 1 Tauberbischofsheim, Heft 2 Müllheim, Heft 3 Schwäbisch Hall, Heft 4 Wangen, Heft 5 Lorch, Heft 6 Biberach,
Heft 7 Buchen, Heft 8 Mergentheim, Heft 9 Mosbach, Heft 10 Rastatt, Heft 11 Backnang, Heft 12 Ehingen, Heft 13 Sinsheim, Heft 14 Überlingen,
Heft 15/16 Ulm, Heft 17 Freudenstadt, Heft 18/19 Karlsruhe, Heft 20 Crailsheim, Heft 21 Donaueschingen.

programme aufzulegen. In den Städten entstanden gleich ganz neue Wohngebiete, wie z. B. in Aalen der Pelzwasen und das Hüttfeld, in Ellwangen die Rotkreuzsiedlung.

Mit dem Neubau des Kreiskrankenhauses in Aalen im Jahr 1955 erfolgte ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Landkreises Aalen.

Für die 50er Jahre im Landkreis Aalen kann man gleich von zwei Wundern sprechen. Es grenzt tatsächlich an ein Wunder, dass die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtling, auch nach Aussagen von Landrat Dr. Anton Huber, bereits 10 Jahre nach ihrer Ankunft abgeschlossen war. Das nächste Wunder war damals bundesweit zu registrieren: In aller Munde war ab 1945 das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland.

Für den Landkreis Aalen blieben dennoch große Herausforderungen, wie unter anderem eine 1957 erschienene Denkschrift zeigt, mit dem bezeichnenden Titel: „Hilfe fürs Härtsfeld tut not.“ Aber auch diese Herausforderung wurde gemeistert, so dass in der Zeit des Landkreises Aalen ein großer Teil unserer heutigen Infrastruktur entstand, die vom Straßenbau über Kanalisationen und Wasserversorgung bis hin zum Hochwasserschutz reichte.



Landkreis Schwäbisch Gmünd



1. Oktober 1938 gegründet als Landkreis Gmünd
2. Mai 1941 Umbenennung in Landkreis Schwäbisch Gmünd
31. Dezember 1972 aufgelöst
1. Januar 1973 Rechtsnachfolger Ostalbkreis

Fläche: 459 qkm

Demokratisch gewählte Landräte:
1945 - 1961 Konrad Burkhardt
1961 - 1972 Friedrich Karl Röther

Einwohner:

1939: 60.744 Einwohner
1950: 88.159 Einwohner
1961: 100.341 Einwohner
1970: 111.412 Einwohner

Die Entwicklung des Landkreises Schwäbisch Gmünd zeigt naturgemäß sehr große Parallelen zu den Nachbarkreisen, besonders zum Kreis Aalen. Auch hier mussten sehr viele Heimatvertriebene aufgenommen werden mit den bereits geschilderten Problemen. Auch in der Stadt Schwäbisch Gmünd selbst (seit 1934 wieder Schwäbisch Gmünd) entstanden ganz neue Stadtteile oder wurden bestehende Siedlungen wie z. B. der Stadtteil Rehnenhof um ein vielfaches erweitert. Im Zuge der Aufnahme der 30.000 Heimatvertriebenen und Flüchtlinge entstanden im Landkreis 10.285 neue Wohnungen. Die Einwohnerzahl der Stadt Schwäbisch Gmünd stieg von 1939 bis 1950 von rund 22.000 Einwohnern auf über 33.000 an, eine Zunahme um 50 %.

Unter den Heimatvertriebenen waren viele ehemals selbständig Tätige, die neue Erwerbszweige mitbrachten. Am bekanntesten ist wohl die Gablonzer Schmuckwarenindustrie, die in der Nachkriegszeit in Schwäbisch Gmünd eine neue Blüte erlebte.

Bedeutende Bauvorhaben des Landkreises waren 1955 – 1957 der Neubau eines Kreisverwaltungsgebäudes (damit war man dem Landkreis Aalen um Jahrzehnte voraus) und der Bau des neuen Kreiskrankenhauses auf Gemarkung Mutlangen, das 1966 in Betrieb genommen wurde.

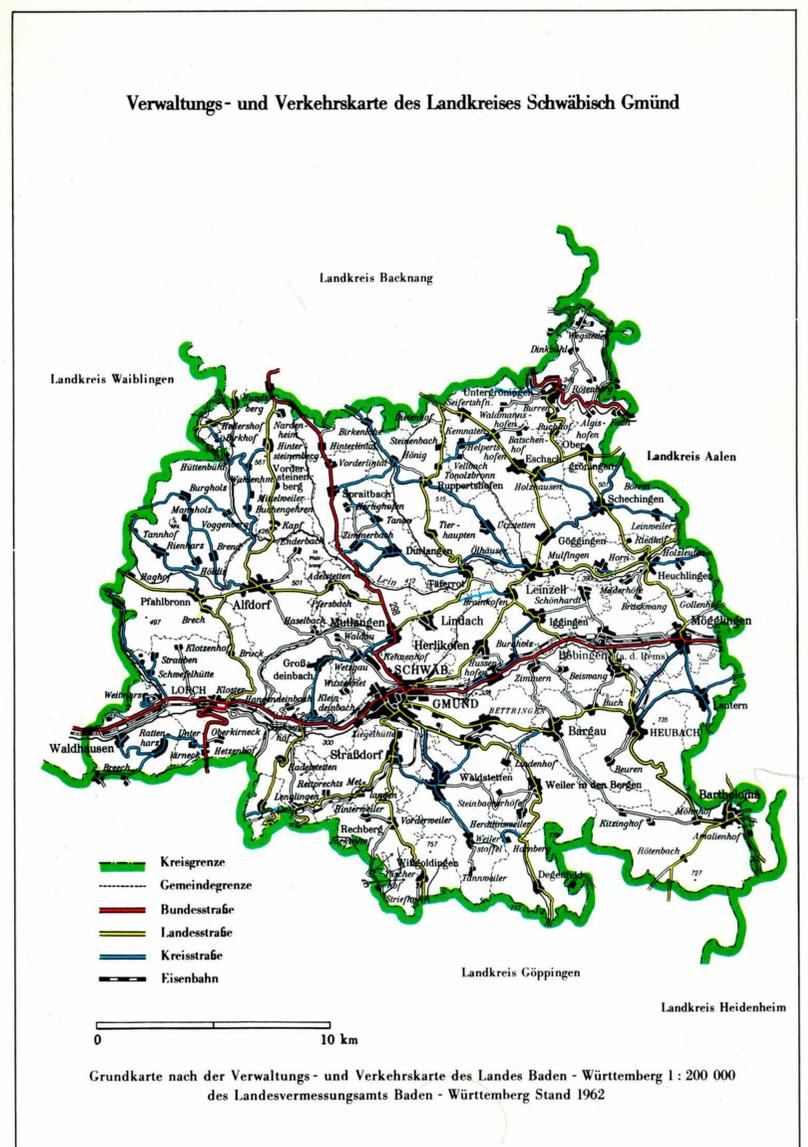
In der Kreisbeschreibung von 1959 bestätigt Landrat Konrad Burkhardt wie sein Aalener Kollege zwar das Gelingen der Integration der Heimatvertriebenen, betont aber deutlich, dass es Aufgabe der nächsten Jahre sein wird, die Infrastruktur vom Kindergarten bis hin zum Friedhof der neuen, gewachsenen Einwohnerzahl anzupassen. Besonders betont Landrat Burkhardt den schlechten Zustand der Straßen im Kreisgebiet, die durch zu dünne Beläge nicht frostsicher seien. Auch den Hochwasserschutz bezeichnet er als wichtige Aufgabe. Immerhin wird hervorgehoben, dass das Kreisgebiet durch die Bundesstraße 29 nach Stuttgart und die zweigleisige Remsbahn schon damals gut erschlossen war. Hier hat Schwäbisch Gmünd endlich auch einmal von seiner Lage profitiert, und zwar von der Nähe zu Stuttgart.

Mit den Verwaltungsreformen der 1970er Jahre kommen dann schwierige Zeiten für den Landkreis Schwäbisch Gmünd. Von der Größe her nur halb so groß wie sein Nachbar, der Landkreis Aalen, schadet die Gemeindereform dem Landkreis maßgeblich. Wie für viele Städte damals üblich, wurde ein großer Teil der Umland-Gemeinden „eingemeindet“, wobei die Bürgerschaft in Volksabstimmungen gefragt wurde und sogenannte Eingemeindungsverträge ausgehandelt wurden. Die Stadt Schwäbisch Gmünd zeigte hier besonderen „Hunger“, und in der Umgebung wurden (in alphabetischer Reihenfolge) schon 1959 die Gemeinde Bargau, und dann zwischen 1969 und 1975 die Gemeinden Bettringen, Degenfeld, Großdeinbach, Herlikofen, Hussenhofen, Lindach, Rechberg, Straßdorf und Weiler in den Bergen eingemeindet.

Damit wuchs zwar die Stadt Schwäbisch Gmünd von rund 44.000 Einwohnern im Jahr 1970 auf 56.500 im Jahr 1975, die Zahl der Kreisgemeinden nahm auf der anderen Seite aber dramatisch ab, noch schlimmer wäre die Situation gewesen, wenn es noch Gemeindegemeinschaften wie in den Nachbarkreisen gegeben hätte. Trotzdem kämpfte der damalige Landrat Dr. Friedrich Karl Röther wie ein Löwe für seinen Landkreis, letztlich aber ohne Erfolg. Mit dem in Kraft treten des Kreisreformgesetzes zum 1. Januar 1973 ging der größte Teil des Landkreises Schwäbisch Gmünd im neuen Ostalbkreis auf.



Landratsamt Schwäbisch Gmünd 1956 - 1972

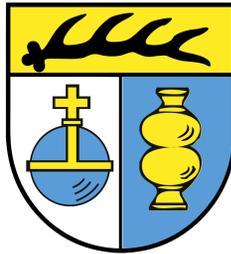


Bisher erschienen die Beschreibungen der Kreise:
1 Tauberbischofsheim (s. Zs. vergriffen), 2 Mühlheim, 3 Schwäbisch Hall, 4 Wangen, 5 Lössach, 6 Biberach, 7 Buchen, 8 Mergentheim, 9 Mosbach, 10 Rastatt, 11 Backnang, 12 Ehingen, 13 Sinheim, 14 Überlingen, 15/16 Ulm, 17 Freudenstadt, 18/19 Karlsruhe, 20 Crailsheim, 21 Donausueschingen, 22 Aalen, 23 Waiblingen, 24 Horb, 25 Bruchsal, 26 Emmendingen, 27 Göttingen, 28 Kehl, 29 Münsingen, 30/31 Heilbronn, 32 Hochschwarzwald, 33/34 Pforzheim, 35 Künzelsau, 36 Konstanz.



Landkreis Backnang

- 1. Oktober 1938 gegründet
- 31. Dezember 1972 aufgelöst
- 1. Januar 1973 Rechtsnachfolger Rems-Murr-Kreis



Fläche: 589 qkm

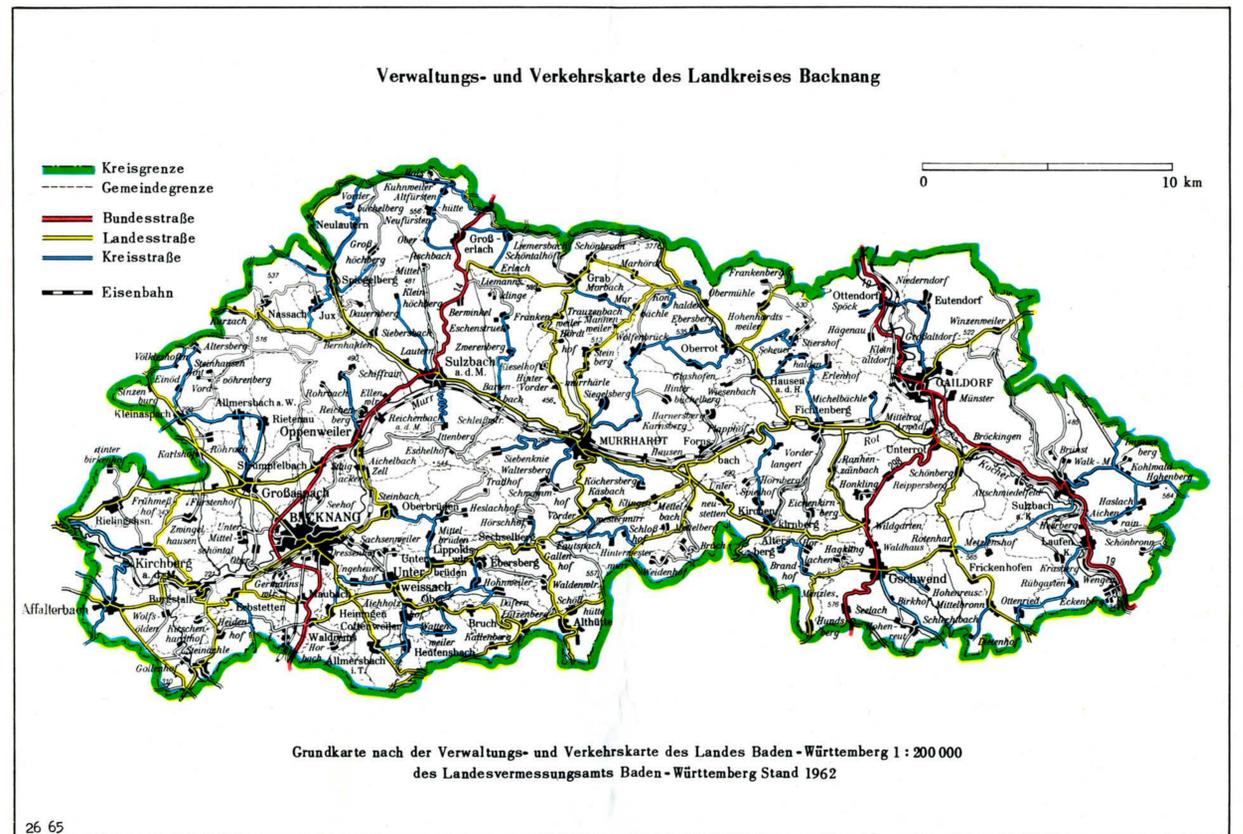
Demokratisch gewählte Landräte:

- 1946 - 1960 Karl Limbeck
- 1961 - 1972 Wilhelm Schippert

Einwohner:

- 1939: 54.009 Einwohner
- 1950: 76.083 Einwohner
- 1961: 89.365 Einwohner
- 1970: 108.450 Einwohner

Vom ehemaligen Landkreis Backnang kamen die Gemeinden Altersberg, Frickenhofen und Gschwend am 1. Januar 1973 zum Ostalbkreis. Vorher wurde Frickenhofen mit Wirkung zum 1. August 1971, Altersberg zum 1. Januar 1972 nach Gschwend eingemeindet.



Gschwend, Dorfplatz



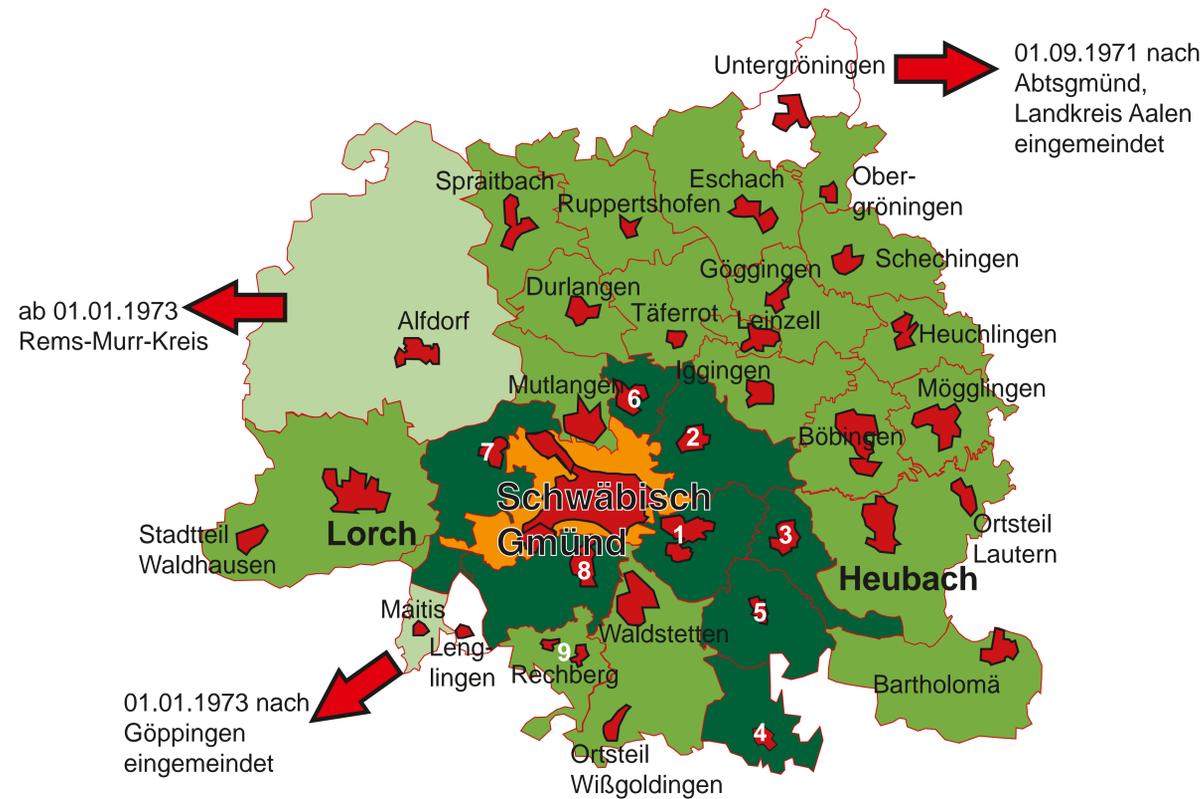
Frickenhofen, Ansicht



Ein Landkreis wird eingemeindet...

Stadt und Landkreis Schwäbisch Gmünd am 31.12.1972

dem letzten Tag des Bestehens des Landkreises Schwäbisch Gmünd



Stadt Schwäbisch Gmünd, Eingemeindungen

1938

Wetzgau Gemeinde Großdeinbach

1. April 1959

Bettringen (1) bis 1934 Gemeinde Oberbettringen mit Ortsteil Unterbettringen

1. Januar 1969

Herlikofen (2) mit Hussenhofen und dem 1938 von Oberböbingen eingegliederten Zimmern

1. Januar 1971

Bargau (3), Degenfeld (4) und Weiler in den Bergen (5)

1. Juli 1971

Lindach (6)

1. März 1972

Großdeinbach (7)

1. April 1972

Straßdorf (8)

1. Januar 1975

Rechberg (9)

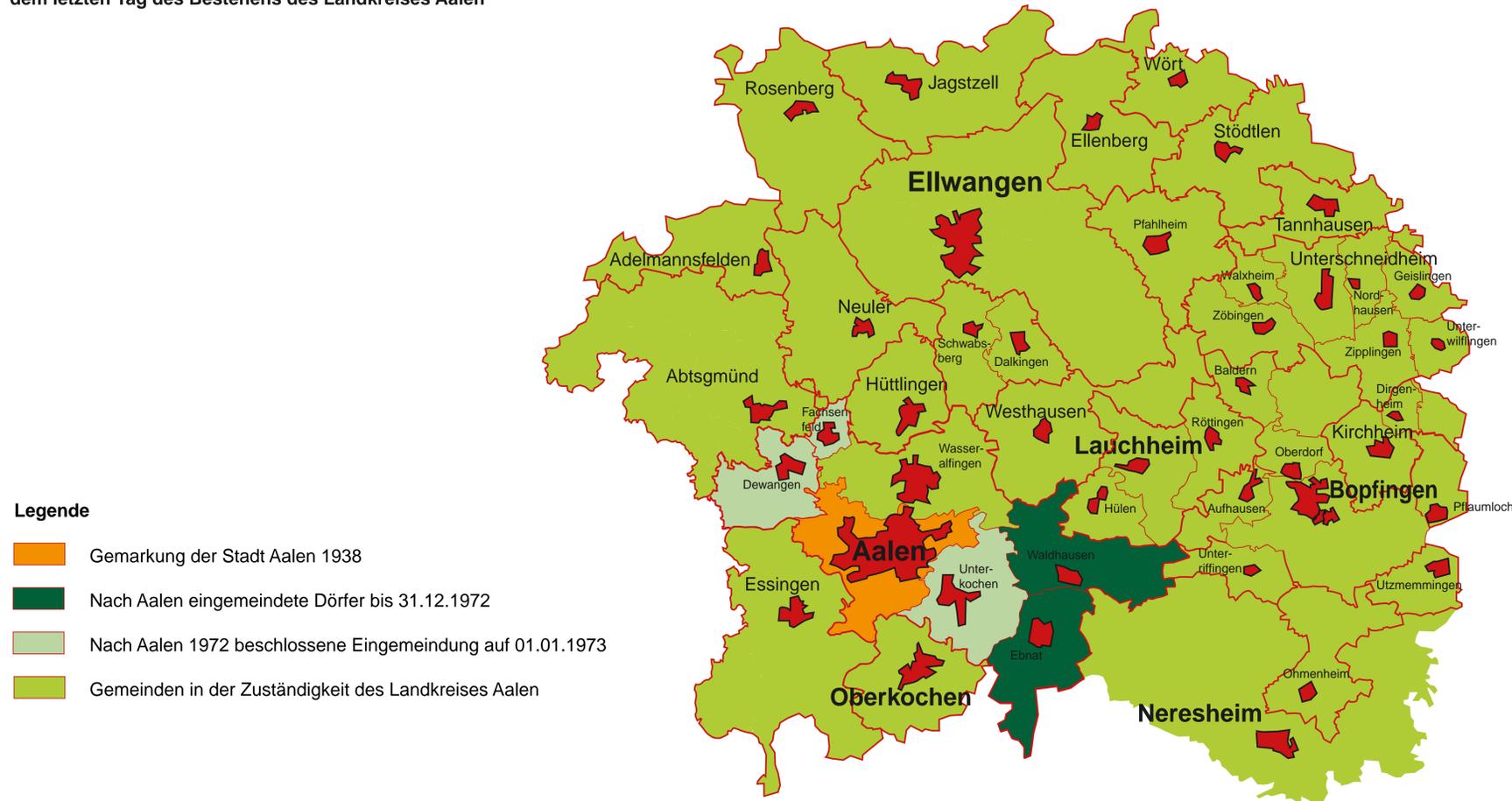
Legende

- Gemarkung der Stadt Schwäbisch Gmünd 1937
- Nach Schwäbisch Gmünd eingemeindete Gemeinden bis 31.12.1972
- Gemeinden in der Zuständigkeit des Landkreises Schwäbisch Gmünd
- 1971 beschlossener Wechsel
- Ehemalige Gemeinden, Wechsel vor dem 01.01.1973



Ein Landkreis mit viel ländlichem Raum

Stadt und Landkreis Aalen am 31.12.1972
dem letzten Tag des Bestehens des Landkreises Aalen



Legende

- Gemarkung der Stadt Aalen 1938
- Nach Aalen eingemeindete Dörfer bis 31.12.1972
- Nach Aalen 1972 beschlossene Eingemeindung auf 01.01.1973
- Gemeinden in der Zuständigkeit des Landkreises Aalen

Stadt Aalen Eingemeindungen

- 1938
Gemeinde Unterrombach
- 1. Januar 1970
Waldhausen
- 1. Juli 1972
Ebnat
- 1. Januar 1973
Dewangen, Fachsenfeld, Unterkochen
- 21. Juni 1975
Wasseralfingen mit Hofen

Genauso wie die Nachbarstadt Schwäbisch Gmünd bediente sich die Stadt Aalen in ihrem Umland recht großzügig. Insgesamt sieben Kommunen wurden eingemeindet, die Gemeinde Unterrombach war bereits 1938 zu Aalen gekommen.

Die Karte des Landkreises zum Stichtag 31.12.1972 zeigt eine Baustelle. Die zur Kreisreform parallel verlaufende Gemeindereform war noch nicht abgeschlossen, dieser Prozess dauerte noch bis 1975. So ist die neue Gesamtgemeinde Abtsgmünd bereits entstanden, in und um Bopfingen deutet sich der Prozess bereits an, während um Unterschneidheim gerade erst damit begonnen wird.



Die (Vor-)Geschichte der Gebiets- und Verwaltungsreform

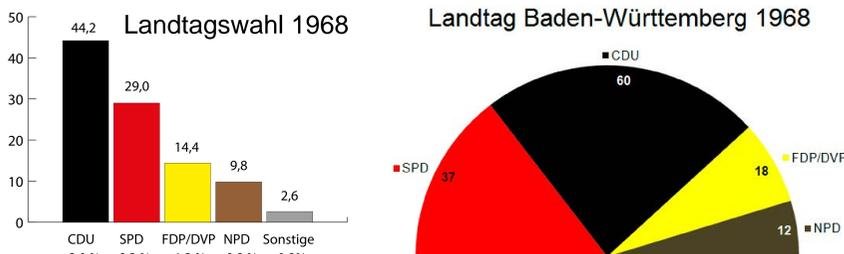
Im Jahr 1954 beauftragte die Landesregierung unter Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU) das Innenministerium erstmals, eine Denkschrift zur Frage der Neueinteilung der Kreisgrenzen auszuarbeiten. Der aus dieser Denkschrift hervorgehende Gesetzentwurf, welcher die Auflösung von lediglich drei sehr kleinen Landkreisen (Künzelsau, Tettnang, Mühlheim) sowie einige wenige kosmetische Grenzänderungen zum Inhalt hatte, wurde nach heftigen Protesten in den betroffenen Landkreisen vom Landtag jedoch nicht beschlossen.

Mitte der 60er Jahre wurden die Rufe nach einer grundlegenden Reform der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg, wie in allen anderen Ländern der Bundesrepublik, immer lauter. Denn während sich Unternehmen und Gesellschaft in Zeiten des Wirtschaftswunders nach dem 2. Weltkrieg enorm gewandelt hatten, verharrte die öffentliche Verwaltung noch immer in den Vorkriegsstrukturen des Jahres 1938. Neue Impulse erhielt der Wunsch nach einer umfassenden Reform der Verwaltung durch den Landesentwicklungsplan, welcher Anfang 1968 veröffentlicht wurde.



Hans Filbinger (CDU) war 1966 - 1978 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Von 1966 bis 1972 stand er einer Großen Koalition mit der SPD vor, mit deren absoluter Mehrheit er die Verwaltungs- und Gebietsreform umsetzen konnte.

Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen in der Sitzung des Landtags am 27. Januar 1969 erlebte die Diskussion einen neuen Höhepunkt. Innenminister Walter Krause (SPD) erklärte sich daraufhin bereit, ein neues „Denkmodell zur Kreisreform“ vorzulegen. Nachdem im Landtag seit 1966 eine Große Koalition aus CDU und SPD unter Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) regierte, welche auch nach der Landtagswahl vom 28. April 1968 mit heftigen Verlusten für die SPD und dem erstmaligen Einzug der NPD in den Landtag fortgesetzt wurde, waren nun im Gegensatz zu 1954 auch die politischen Weichen auf eine deutliche Mehrheit für eine Verwaltungsreform gestellt.



Die Landtagswahl am 28.04.1968 stand unter dem Eindruck der „Osterunruhen“. Sie endete mit starken Verlusten für die SPD und dem erstmaligen Einzug der NPD in den Stuttgarter Landtag. Trotzdem wurde die seit 1966 regierende Große Koalition aus CDU und SPD fortgesetzt, welche mit 97 von 127 Sitzen über eine 3/4 Mehrheit verfügte.

Als Ziele der Verwaltungsreform formulierte Innenminister Krause bei der Vorlage des Denkmodells zur Kreisreform im Dezember 1969 im Stuttgarter Landtag:



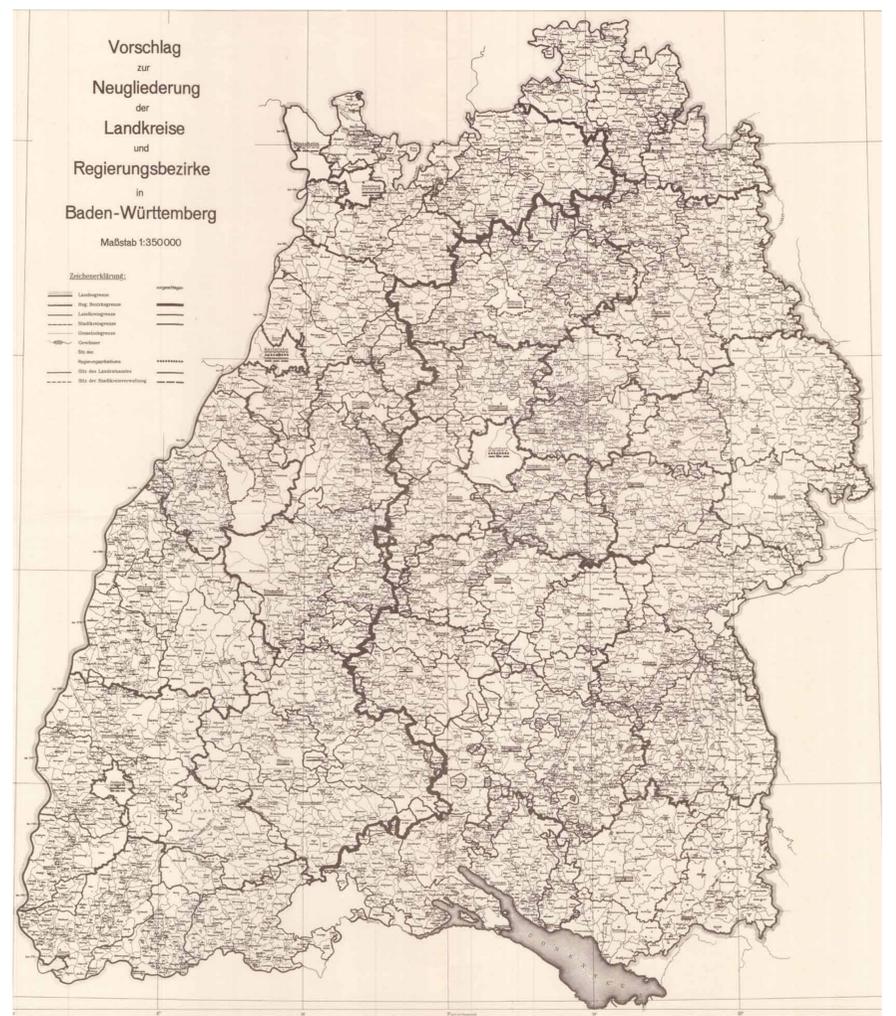
Walter Krause (SPD) war als Innenminister zwischen 1966 und 1972 für die Planung und Umsetzung der Verwaltungs- und Gebietsreform verantwortlich.

„Die öffentliche Verwaltung muss, will sie ihren Funktionen gerecht werden, den Bedürfnissen und Strukturen der Gesellschaft angepasst sein... Die wirtschaftliche, technische und soziale Entwicklung hat zu einem grundlegenden Wandel der öffentlichen Aufgaben geführt. Die ursprünglich auf Wahrung von Ordnung und Sicherheit ausgerichtete Verwaltung hat in zunehmendem Maße Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Im sozialen Rechtsstaat erwartet der Bürger, dass die Verwaltung planvolle Initiativen entwickelt, um jeden Bürger in Stadt und Land gleiche Chancen zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu sichern.“

Ausgehend von diesem Ziel sah das Denkmodell folgende Eckpunkte für eine Kreisreform vor:

- Verringerung der Zahl der Stadt- und Landkreise von 63 auf 25 und dabei Anpassung der Verwaltungsgliederung an die Wirtschafts- und Lebensräume der Menschen
- Eine Mindestgröße von 125.000 Einwohner je Landkreis, dabei soll der Landkreis mindestens die zwei- bis dreifach Größe der zentralen Stadt haben
- Relative Gleichwertigkeit (Fläche, Zahl der Gemeinden, Einwohner) aller Landkreise
- Halbierung der Zahl der Regierungspräsidien von vier auf zwei
- Herstellung des Grundsatzes der Einräumigkeit und Einheit der Verwaltung durch Übertragung der Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden auf die Landkreise sowie Integration der Zuständigkeit für die Regionalplanung in den allgemeinen Verwaltungsaufbau
- Wirtschaftlicher Einsatz von Personal und technischen Hilfsmitteln, Schaffung zukunftsfähiger Verwaltungsstrukturen, Aufgabenverlagerung nach unten
- Erhebliche Verminderung der Zahl an Gemeinden durch Zusammenschluss zu Einheiten mit mindestens 5.000 Einwohnern

Das Denkmodell schlug für Ostwürttemberg die Bildung eines neuen Landkreises aus den Mittelbereichen Aalen, Bopfingen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd, also aus den bisherigen drei Landkreisen Aalen, Heidenheim, Schwäbisch Gmünd vor. Dieser neue Landkreis hätte bei einer Fläche von 2.139 km² rund 387.000 Einwohner umfasst. Als Kreissitz wurde aufgrund seiner zentralen und verkehrsgünstigen Lage Aalen empfohlen. Gleichzeitig wurden im Denkmodell der Stadt am Kocher auch die günstigsten Ansätze für die Entwicklung zum Oberzentrum bescheinigt.



Das „Denkmodell zur Kreisreform“ der Landesregierung sah vor, das Land nur noch in zwei statt bisher vier Regierungsbezirke aufzuteilen. Einen im Westen und einen im Osten des Landes. Gleichzeitig sollte die Zahl der Landkreise von 63 auf 25 reduziert werden. Für Ostwürttemberg sah es die Bildung eines neuen Großkreises Aalen aus den bisherigen Landkreisen Aalen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd mit Sitz in Aalen vor. Gleichzeitig schlug das Denkmodell die Entwicklung von Aalen zum Oberzentrum vor.



Gegenmodelle zur Verwaltungsreform

Die Vorlage des Denkmodells zur Kreisreform durch die Landesregierung im Dezember 1969 führte zu lebhaften und teils sehr emotionalen Diskussionen im Land. Auf Grundlage dieser Diskussionen wurden zwei Gegenvorschläge zum vorliegenden Denkmodell präsentiert:

Schiess-Plan - ein kühnes Konzept

Bereits am 19. Januar 1970 stellte ein Arbeitskreis der CDU-Landtagsfraktion einen noch kühneren Plan einer Verwaltungsreform vor. Dieses Konzept, nach dem Vorsitzenden der Kommission, dem Überlinger Landrat Karl Schiess, „Schiess-Plan“ genannt, ging im Gegensatz zum Denkmodell der Landesregierung nur noch von einem zweistufigen Verwaltungsaufbau aus:

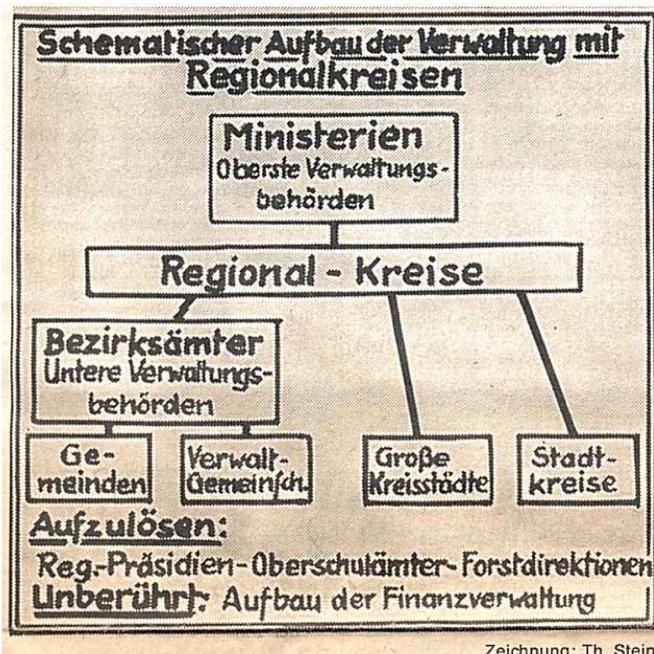


Karl Schiess (CDU) war von 1956 bis zur Auflösung am 31.12.1972 Landrat des Landkreises Überlingen. Unter seiner Regie entstand das radikalste Modell einer Landkreisreform. Nach der Landtagswahl 1972 übte er für sechs Jahre das Amt des Innenministers aus.

- Abschaffung der Regierungspräsidien.
- Die erste Verwaltungsstufe sollten Stadtkreise, Große Kreisstädte sowie Gemeinden und Verwaltungsverbände bilden.
- Die zweite Stufe anstelle der bisherigen Landkreise zehn bis zwölf sogenannte „Regionalkreise“.
- Gleichzeitig sollten die Unteren Sonderbehörden wie z. B. Oberschulämter und Forstdirektionen in die Regionalkreisverwaltungen eingegliedert werden.
- Für eine Übergangsphase sollten „Bezirksämter“ in den Gebieten der bisherigen Landkreise verbleiben, bis alle Aufgaben an die Gemeinden und die Regionalkreise übergeben werden konnten.

Den Vorteil sahen die Planer bei ihrem Vorschlag darin, dass dieser Großraum für künftige Entwicklungen und Aufgaben flexibler und leistungsfähiger wäre und eine Übereinstimmung zwischen Planungs- und Verwaltungsräumen erzielt worden wäre. Zudem hätte mit diesem Plan das bereits damals vorherrschende Stadt-Umland-Problem gelöst werden können und diese neuen Großräume wären für kostenintensive moderne Verwaltungsmethoden geeigneter gewesen.

Für unseren Raum hätte die Umsetzung dieses Modells die Schaffung eines Regionalkreises Ostwürttemberg aus den drei Landkreisen Aalen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd, analog zum heutigen Regionalverband, bedeutet.



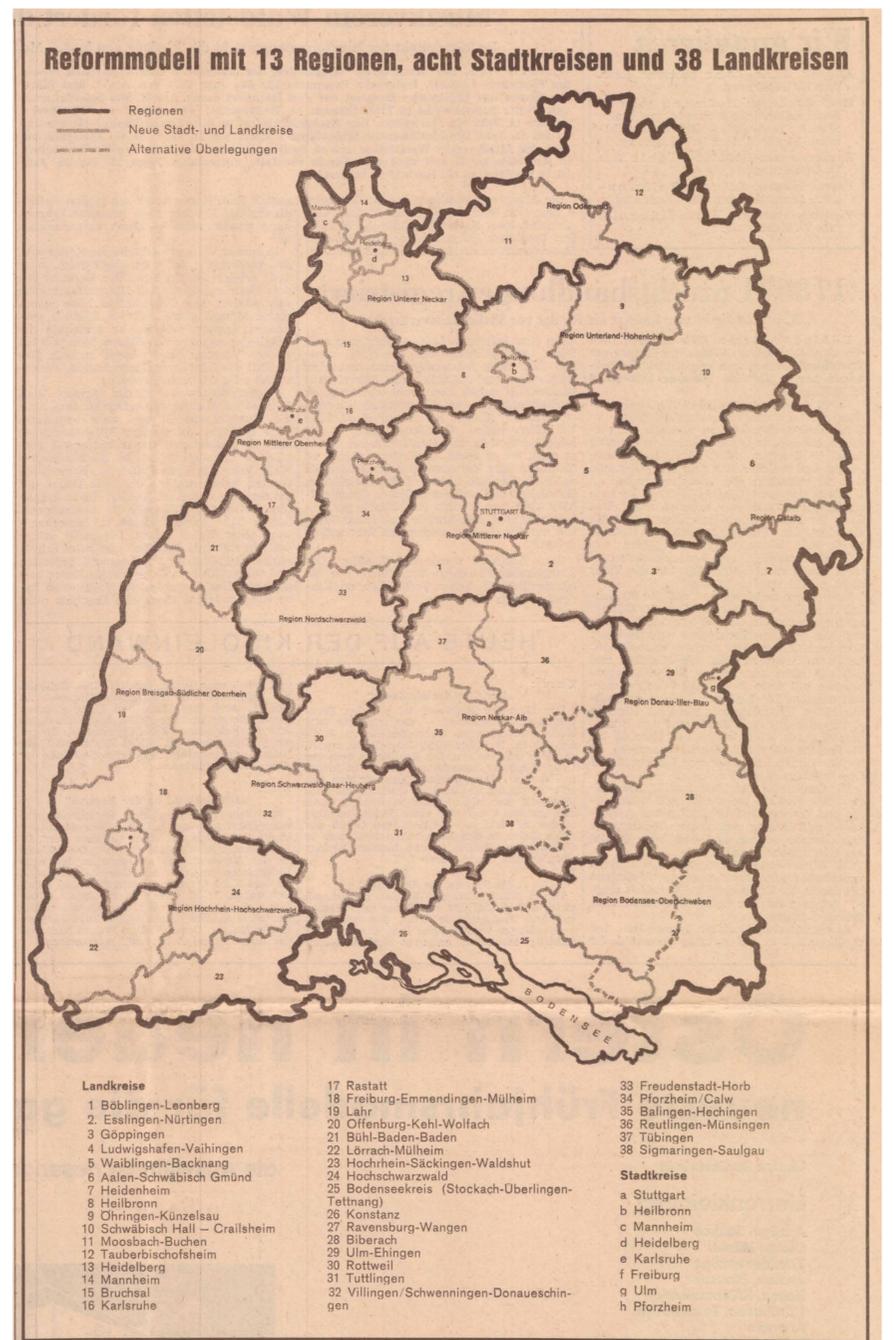
So sollte der Verwaltungsaufbau laut „Schiess-Plan“ nach der Verwaltungsreform aussehen. Die Regierungspräsidien sollten abgeschafft, ihre Aufgaben auf die Regionalkreise sowie deutlich vergrößerte Gemeinden oder Verwaltungsverbände aufgeteilt werden.

CDU-Modell - ein moderater Plan

Am 25.02.1970 beschloss die CDU-Kommission für die Regional- und Kreisreform ein weiteres Konzept. Dieses CDU-Modell sah eine deutlich moderate Reform als das Denkmodell der Landesregierung oder der Schiess-Plan vor. Insbesondere sollte die Zahl der Landkreise weit weniger stark reduziert werden. So war in diesem Modell vorgesehen:

- Die Zahl der Landkreise nur um 1/3 auf 38 zu reduzieren.
- Darüber wie bisher die Regierungspräsidien zu belassen.
- Die Schaffung von 13 Regionalverbänden als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Damit sollen Planungshoheit und Kreisverwaltung weiterhin getrennt bleiben. Es wurde jedoch bewusst nicht ausgeschlossen, diese Planungsverbände in einem weiteren Schritt zu Regionalkreisen wie im Schiess-Plan vorgesehen weiterzuentwickeln.
- Die Grundsätze Einräumigkeit und Einheit der Verwaltung herzustellen, d. h. die Unteren Sonderbehörden sollte in die Landkreisverwaltung eingegliedert und die Grenzen ihrer Bezirke an die Landkreisgrenzen angepasst werden.
- Verlagerungen von Aufgaben so weit wie möglich „nach unten“.

Für Ostwürttemberg sah dieses Modell nun erstmals nur noch den Zusammenschluss der Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd ohne Heidenheim vor. Gleichzeitig sollte dieser neue Großkreis zusammen mit dem Landkreis Heidenheim die Region Ostalb bilden.



Das CDU-Modell sah eine Einteilung des Landes in 38 Land- sowie acht Stadtkreise vor. Für die Regionalplanung sollten 13 regionale Planungsverbände zuständig sein. Für Ostwürttemberg sah dieses Modell im Gegensatz zu den Vorgängermodellen nun erstmals nur noch den Zusammenschluss von Aalen und Schwäbisch Gmünd ohne Heidenheim vor. Dieses Konzept kam der letztendlichen Umsetzung der Kreisreform schon sehr nahe.



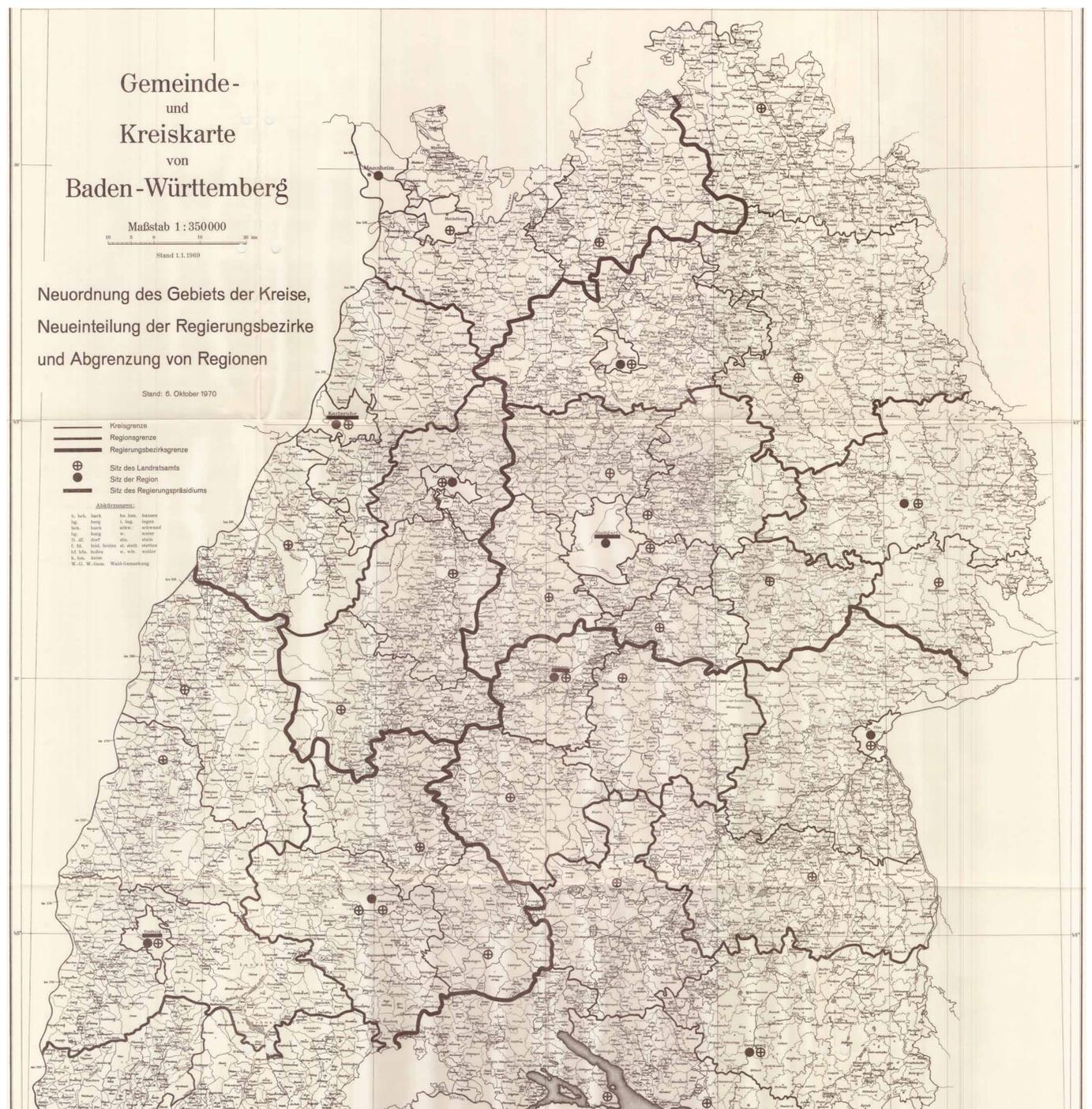
Die Experten haben das Wort



Anton Dichtel (CDU) war ab 1953 Staatsrat im Kabinett von Gebhard Müller und erlebte somit den gescheiterten Kommunalreformversuch von 1954 aus nächster Nähe. Von 1958 - 1966 war er Regierungspräsident in Freiburg. Anschließend übernahm er den Vorsitz der Kommission für Fragen der kommunalen Verwaltungsreform.



Hans Reschke (parteilos) war von 1956 bis 1972 Oberbürgermeister von Mannheim und von 1961 - 1967 Präsident des Städtetages Baden-Württemberg. 1966 bis 1972 war er Vorsitzender der Kommission für die Reform der Staatlichen Verwaltung Baden-Württemberg.



Im Juli 1970 stellten die Kommission für die Reform der Staatlichen Verwaltung Baden-Württemberg (Reschke-Kommission) sowie die Kommission für Fragen der Kommunalen Verwaltungsreform (Dichtel-Kommission) ihre Ergebnisse zur Kreisreform unter Berücksichtigung der Punkte aus dem Denkmodell der Landesregierung in einem gemeinsamen Gutachten vor. Dieses Gutachten beinhaltet insbesondere folgende Punkte:

- Die Reschke-Dichtel-Kommission stimmte dabei dem Vorschlag einer Einteilung des Landes in 25 Landkreise nicht zu.
- Gleichzeitig hielten die Mitglieder die Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Regionalplanung und Verwaltung für nicht möglich.
- Sie schlugen stattdessen eine Struktur mit 36 - 38 Landkreisen und zwölf bis 13 regionalen Planungsverbänden vor. Die Weiterentwicklung dieser Planungsverbände zu Regionalkreisen hielt auch die Kommission für möglich.
- Ein Landkreis sollten dabei mindestens 120.000 Einwohner haben.
- Die Kommission sprach sich für den unveränderten Fortbestand der Regierungspräsidien aus.
- Die Kommission unterstrich, dass die zuständige Verwaltung für den Bürger leicht erreichbar sein müsse.
- Eine Direktwahl des Landrats wie im Denkmodell vorgeschlagen lehnte die Kommission ab.

In der Frage des Zusammenschlusses der Landkreise in Ostwürttemberg folgte die Kommission dem CDU-Modell und sprach sich „nur noch“ für den Zusammenschluss der Landkreise Aalen

und Schwäbisch Gmünd aus. Dieser neue Landkreis stellte flächenmäßig die Nr. 5 und an Einwohnerzahl den sechstgrößten der vorgeschlagenen Kreise dar. Analog zum Denkmodell der Landesregierung empfahl die Kommission den Kreissitz nach Aalen zu legen.

Als Gründe gegen das selbständige Fortbestehen des Landkreises Schwäbisch Gmünd nannte die Kommission die zu geringe Einwohnerzahl sowie die Bevölkerungszahl der Großstadt Schwäbisch Gmünd im Vergleich zum restlichen Landkreis. Nach Abschluss aller Eingemeindungen lebten 60.000 von knapp 110.000 Einwohner des Landkreises innerhalb der Grenzen der Stadt Schwäbisch Gmünd.

Die Alternative aus Aalen - Heidenheim - Schwäbisch Gmünd erschien der Kommission als flächenmäßig zu groß und nicht administrabel. Die Bildung eines Remskreises wurde wegen der Orientierung von Schorndorf nach Waiblingen ausgeschlossen. Für einen Zusammenschluss von Schwäbisch Gmünd und Göppingen fehlten aus Sicht der Kommission die sozio-ökonomischen Verflechtungen.

Zudem schlug die Kommission die Bildung einer Region Ostwürttemberg aus dem neuen Ostalbkreis und dem Landkreisen Heidenheim vor. Weiter heißt es: „Nach Auffassung der Kommission ist es möglich, das in dieser Region im Entwurf des Landesentwicklungsplans vorgesehene Oberzentrum im Raum Aalen entsprechend planerisch zu fördern.“ Auch als Sitz des Regionalverbandes wurde Aalen empfohlen.



Die Kreisreform aus Schwäbisch Gmünder Sicht

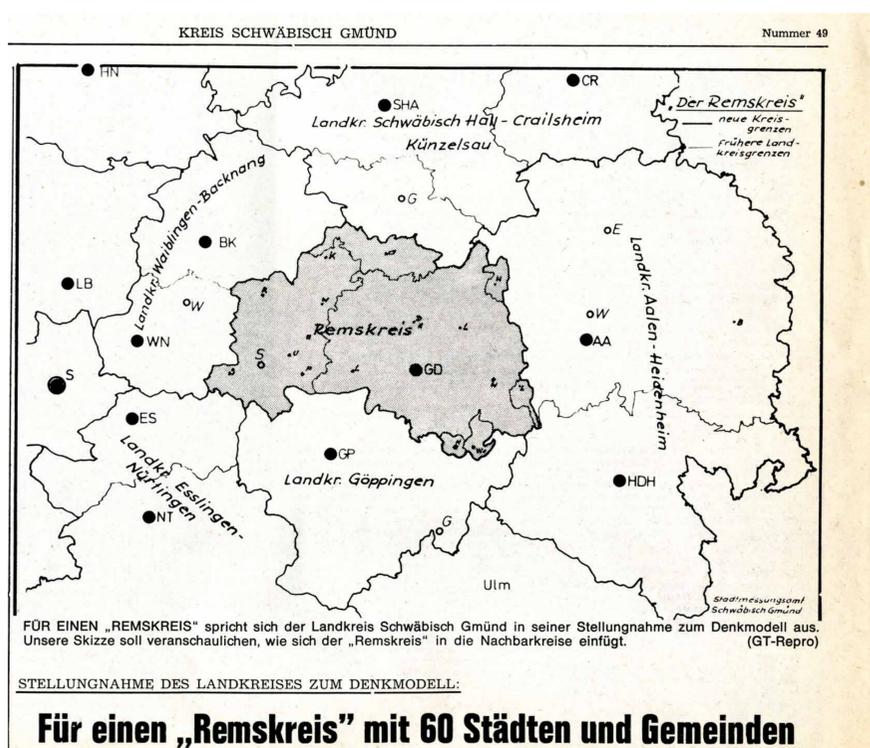
Der Remskreis-Plan

Aufgeschreckt durch die Empfehlungen des Denkmodells beschäftigte sich der Kreistag von Schwäbisch Gmünd in seiner Sitzung am 16. Dezember 1969 erstmals mit dem Thema „Kreisreform“. Landrat Dr. Friedrich Röther unterstrich dabei die Notwendigkeit für eine Reform der Verwaltung, sprach sich jedoch für den Erhalt des Landkreises Schwäbisch Gmünd und gegen die Schaffung eines Großkreises Aalen - Heidenheim - Schwäbisch Gmünd aus. Er kündigte dazu eine Gegendarstellung von Kreistag und Kreisrat zum Denkmodell der Landesregierung an.

Der kommunalpolitische Ausschuss des SPD-Kreisverbandes Schwäbisch Gmünd unter Vorsitz von Bürgermeister Rudolf Martin (Lindach) legte dazu bereits am 3. Januar 1970 das Konzept zur Bildung eines „Remskreises“, aus den Mittelbereichen Schwäbisch Gmünd und Schorndorf, mit Sitz in Schwäbisch Gmünd vor. Diesen Vorschlag nahmen Landrat Röther und der Kreistag auf und erhoben ihn zur offiziellen Forderung in Richtung Stuttgart.

Der Remskreis-Plan traf bei Kommunalpolitikern des Landkreises Waiblingen aber auch bei Gemeinden und Bürgern im Raum Schorndorf auf wenig Gegenliebe, da damit die Einheit des Remstals von Waiblingen bis Plüderhausen und damit des bisherigen Landkreises Waiblingen durchschnitten worden wäre. Gleichzeitig spielte die Zuordnung Schorndorfs zur Region Stuttgart, während Schwäbisch Gmünd zu Ostwürttemberg gehörte, eine wichtige Rolle. Auch bei den Gemeinden anderer Landkreise, welche in diesem Konzept dem Remskreis zugeschlagen würden (z. B. Lautenburg), hielt sich die Begeisterung für den Plan stark in Grenzen. Aus diesem Grund erteilte Innenminister Walter Krause dem Vorschlag bei einer Besprechung mit Vertretern des Schwäbisch Gmünder Kreistags am 8. Mai 1970 in Stuttgart eine Absage.

Um die Idee noch zu retten schlug Bürgermeister Martin am 14. Mai sein Konzept eines „Großen Remskreises“ mit Sitz in Schorndorf vor. Dieser sollte neben dem Landkreis Schwäbisch Gmünd die östlichen Teile des Landkreises Waiblingen und das Gebiet um Gschwend vom Landkreis Backnang umfassen. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Unterstützung mehr, da die Argumente die bereits gegen den Remskreis gesprochen hatten in selbem Maße gegen den „Großen Remskreis“ sprachen.



Diese Karte in der Ausgabe der Gmünder Tagespost vom 28.02.1970 verdeutlicht den Plan des Lindacher Bürgermeisters Rudolf Martin. Die Mittelbereiche Schwäbisch Gmünd und Schorndorf sollten den Remskreis bilden, flankiert von den Landkreisen Aalen-Heidenheim und Waiblingen-Backnang. Der Plan scheiterte schließlich am Widerstand der Gemeinden aus dem Schorndorfer Raum, welche sich für die Einheit des Remstals von Waiblingen bis Plüderhausen stark machten.

Vorschlag „Hohenstaufenkreis“

Stattdessen wurde nun ein Vorschlag intensiver diskutiert, welcher bereits am 29. April 1970 durch den Göppinger Oberbürgermeister Dr. Herbert König unterbreitet wurde. Er schlug die Bildung eines neuen Landkreises „Hohenstaufen“ oder „Staufenerland“ aus den Landkreisen Göppingen und Schwäbisch Gmünd vor. Durch Erweiterung um den Bereich Kirchheim und Weilheim/Teck hätte nach seiner Meinung daraus auch ein Großkreis „Teck-Staufen“ mit 376.000 Einwohnern werden können.

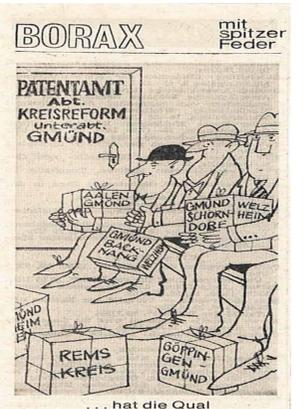
Innenminister Krause zeigt sich diesem Vorschlag gegenüber bei der Besprechung am 8. Mai zunächst nicht grundsätzlich abgeneigt. Probleme bereitete dabei wiederum die Zuordnung des neuen Großkreises zu einem regionalen Planungsverband. Bereits im Zusammenhang mit dem Remskreis-Plan hatte der Innenminister klargestellt, dass eine Schwächung der Region Ostwürttemberg wie sie im Landesentwicklungsplan vorgesehen war, nicht in Frage kommen würde. Nachdem der Kreisrat von Göppingen am 31. August 1970 die Zuordnung zur Region Ostwürttemberg nachdrücklich ablehnte und sich stattdessen zur Zugehörigkeit zum Mittleren Neckarraum bekannte hatte, war schließlich auch der Plan „Hohenstaufenkreis“ gescheitert.



Am Ende doch: Ostalbkreis

Nach dem Scheitern der Alternativpläne begann man in Schwäbisch Gmünd sich mit den Gegebenen abzufinden und das Gespräch mit dem neuen Partner Aalen zu suchen. In die Gespräche ging der Kreistag von Schwäbisch Gmünd mit Forderungen, entweder den Kreissitz oder den Regionalsitz zu erhalten. Besonderen Wert legte man auch auf die Tatsache, dass der Landkreis Schwäbisch Gmünd in einem künftigen Großkreis geschlossen erhalten bleiben solle.

Es keimten noch einmal kurzzeitig Hoffnungen auf einen selbständigen Weiterbestand des Landkreises Schwäbisch Gmünd auf, als im September bekannt wurde, dass sich der Landkreis Rottweil nicht mehr für seine Selbstständigkeit einsetzte und somit im Konzept mit 35 Landkreisen ein Platz frei wurde. Der Wunsch auch weiterhin selbständig zu bleiben wurde dabei auch durch die Kreistage von Aalen und Heidenheim unterstützt. Dadurch wäre eine Region Ostwürttemberg mit drei etwa gleichgroßen selbständigen Landkreisen entstanden. Wegen der Kopflastigkeit der Kreisstadt Schwäbisch Gmünd zum restlichen Landkreis (nach allen Eingemeindungen wohnen mehr als die Hälfte aller Kreisbewohner in der Stadt Schwäbisch Gmünd) lehnte die Landesregierung dieses Ansinnen jedoch ab. Daran änderte auch eine Bürgerbefragung am 7. Februar 1971 nichts mehr. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,4 % hatten sich 97,1 % der Befragten für den Erhalt eines selbständigen Landkreises Schwäbisch Gmünd ausgesprochen. Die Frage nach einer Alternative wurde jedoch nicht gestellt...



Zeitgenössische Karikatur aus der Remszeitung vom 02.05.1970



Die Kreisreform aus Aalener Sicht

Aalen der Gewinner?

In Aalen verhielt man sich in der Kreisreformdiskussion zunächst sehr ruhig. So sprachen doch alle Pläne für Aalen. Das Denkmmodell der Landesregierung sah die Bildung eines Großkreises aus den bisherigen Landkreisen Aalen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd mit Sitz in Aalen vor. Als Argumente für den Kreissitz Aalen wurden dabei die zentrale und verkehrsgünstige Lage, sowie die günstigsten Ansätze für die Entwicklung zum Oberzentrum genannt. Mit den selben Argumenten wurde im CDU-Modell zur Kreisreform für den Sitz der Region Ostwürttemberg ebenfalls Aalen vorgeschlagen.



Diese Karte aus dem Frühjahr 1970 verdeutlicht die zentrale und verkehrsgünstige Lage von Aalen innerhalb der Region Ostwürttemberg.

Der erste kritische Moment für den Landkreis Aalen kam mit der Vorlage des CDU-Modells. Hierin wurde angeregt, die Zuordnung von Neresheim mit dem Härtsfeld zum Landkreis Heidenheim zu überprüfen. Nachdem sich der Gemeinderat von Neresheim zunächst noch klar zu Aalen bekannt hatte, stimmten in einer Bürgerbefragung am 27. Juni 1971 53 % der Befragten für den Landkreis Heidenheim und nur 47 % für Aalen. In den Teilorten Schweindorf, Kössingen und Stetten sowie in Elchingen fielen die Ergebnisse hingegen klar für Aalen aus.

In den Gesprächen mit dem Landkreis Schwäbisch Gmünd bestand die Aalener Seite wie in den Reformmodellen vorgesehen auf den Kreis- und den Regionalsitz. Hingegen unterstützte man die Schwäbisch Gmünder Bestrebungen nach Erhalt der Selbständigkeit und damit der Errichtung eines Regionalverbandes Ostwürttemberg mit drei in etwa gleichstarken selbständigen Landkreisen. Auch sagte man Schwäbisch Gmünd für den Fall eines Zusammenschlusses der beiden Kreise den Erhalt einer Außenstelle des Landratsamtes zu.

Trotz der Empfehlung des eigenen Denkmodells und eines entsprechenden Votums der Reschke-Dichtel-Kommission im Juli 1970 verfolgte die Landesregierung wegen des Widerstandes aus Heidenheim und Schwäbisch Gmünd die Entwicklung von Aalen zum Oberzentrum nicht mehr weiter. Stattdessen wurde die Planung mit vier Mittelzentren in Aalen, Ellwangen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim fortgeführt.

Im November wurden Begehrlichkeiten des Landkreises Crailsheim nach Gemeinden des Landkreises Aalen bekannt. Da Crailsheim mit 90.000 Einwohner deutlich zu klein für ein selbständiges Fortbestehen war, streckte man die Fühler nach Rosenberg und Jagstzell aus um den eigenen Kreis zu vergrößern und damit vielleicht im letzten Moment noch zu retten. Dieses Ansinnen wurde vom Landkreis Aalen aber auch von den betroffenen Gemeinden strikt abgelehnt.

In der Frage des Regionalsitzes äußerte Landrat Gustav Wabro bereits in der Kreisratssitzung am 4. Dezember 1970 die Befürchtung, dass als Kompensation für den Verlust der Selbständigkeit des Landkreises der Regionalsitz nach Schwäbisch Gmünd verlegt werden solle. Diesen Eindruck habe Ministerpräsident Filbinger bei einer Besprechung am Vortag vermittelt. Und so stand es dann schließlich auch in der ersten Fassung des Regionalverbandesgesetzes im Februar 1971.

Die entscheidende Abstimmung des Landtags am 26. Juli 1971 führte in Aalen schließlich zu gemischten Gefühlen:

Einerseits blieb man Kreisstadt eines nun deutlich größeren und leistungsstärkeren Landkreises. Auch der drohende Verlust des Härtsfeldes sowie Rosenbergs und Jagstzells konnte abgewendet werden. Im Gegenteil, man erhielt sogar noch die Gemeinden Stimpfach und Rechenberg vom aufgelösten Landkreis Crailsheim hinzu.

Andererseits hatte man die Chance der Weiterentwicklung zum Oberzentrum verloren und der Sitz des neu gegründeten Regionalverbandes Ostwürttemberg ging nach Schwäbisch Gmünd und nicht wie zunächst vorgesehen nach Aalen.

Die Region Ostwürttemberg am 1. Januar 1973



Aalen wurde nach der Kreisreform vom 01.01.1973 Kreisstadt des neu gegründeten Ostalbkreises. Der Regionalsitz der Region Ostwürttemberg ging entgegen früherer Planungen nach Schwäbisch Gmünd.



Der Ostalbkreis entsteht

Am 26. Juli 1971 beschloss der Landtag von Baden-Württemberg die Auflösung der Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd und die Neubildung des Ostalbkreises mit Sitz in Aalen zum 01.01.1973. Dabei erfüllte sich der Schwäbisch Gmünder Wunsch nach einem geschlossenen Übergang des Landkreises in den Ostalbkreis nicht. Zwar entschied der Landtag in der entscheidenden Sitzung Wißgoldingen beim Ostalbkreis zu belassen und nicht wie im Gesetzentwurf vorgesehen dem Landkreis Göppingen zuzuordnen, jedoch wurden Maitis dem Landkreis Göppingen so-

wie Alfdorf, Pfahlbronn und Vordersteinenberg dem Rems-Murr-Kreis zugeschlagen. Vom Landkreis Backnang kamen Gschwend, Altersberg und Frickenhofen neu zum Ostalbkreis sowie vom Landkreis Crailsheim die Gemeinden Stimpfach und Rechenberg. Diese beiden Gemeinden verließen den Ostalbkreis jedoch bereits zum 31.12.1975 wieder und wurden dem Landkreis Schwäbisch Hall zugeordnet, nachdem sie sich im Zuge der Gemeindereform mit Weipertshofen zur neuen Gesamtgemeinde Stimpfach zusammengeschlossen hatten.

Die Verwaltungsgliederung Baden-Württembergs heute



Das Land Baden-Württemberg heute: Verwaltungsmäßig ist es gegliedert in 4 Regierungsbezirke, 13 Regionalverbände sowie 9 Stadt- und 35 Landkreise. Die knapp 11 Millionen Einwohner leben dabei in 1.101 Städten und Gemeinden.

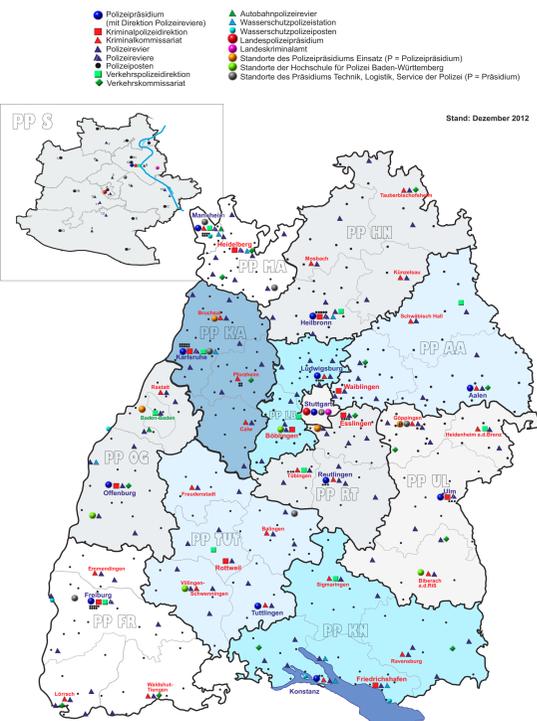


Der Ostalbkreis 40 Jahre danach - was bringt die Zukunft?

40 Jahre ist sie nun her, die große Kreisreform die am 01.01.1973 in Kraft trat und die Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd zum Ostalbkreis zusammenführte. Und seither ist in Sachen Gebietsreform auch nichts weiteres mehr passiert. Auch wenn über dem Reformprozess Anfang der 70er-Jahre immer die CDU-Idee von den Regionalkreisen schwebte, umgesetzt wurde sie bis dato nicht.

Dabei lebt die Idee, zumindest beim damaligen Koalitionspartner SPD, bis heute weiter. So sah mancher Kritiker die Polizeireform von 2012, mit der Zusammenfassung zu zwölf regionalen Polizeipräsidien, als Vorstufe zu einer umfassenden Gebietsreform mit am Ende zwölf Regionalkreisen. Auch stand im Wahlprogramm der Genossen für die Landtagswahl 2011 zu lesen: „In Zukunft sollen Regionalkreise die Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen übernehmen.“ Einzug ins Regierungsprogramm von Grün-Rot fand dieser Passus nach der gewonnenen Landtagswahl dann jedoch nicht. So steht die Umsetzung der Regionalkreisidee aus dem Reformprozess der 70er-Jahre auch vier Jahrzehnte später noch in den Sternen.

Die Polizei in Baden-Württemberg



Die zukünftige Struktur der Polizei in Baden-Württemberg als Vorlage für die Einführung von Regionalkreisen?

Auf der Verwaltungsebene folgten der Reform von 1973 bis heute noch weitere Reformschritte. Durch das „Sonderbehördeneingliederungsgesetz“ vom 12. Dezember 1994, wurden die Gesundheits-, Veterinär- und Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter eingegliedert. Die Aufhebung dieser Ämter führte zu einer ersten Reduzierung der unteren Sonderbehörden und gleichzeitig zu einer Stärkung der Landkreise und stellte somit einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung dar. Dieses mal plädierte die oppositionelle FDP-Landtagsfraktion während der Reformdebatte für die Auflösung der Regierungspräsidien sowie der Land- und Stadtkreise und für die Schaffung von Regionalkreisen.

Eine große Zäsur stellte die Verwaltungsreform 2004 dar. Mit dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Verwaltungsstruktur-Reformgesetz wurden von den noch bestehenden 450 Behörden und Ämtern des Landes über 350 aufgelöst, zusammengelegt oder eingegliedert. Die Reform lief unter dem Motto „schlank, stark, bürgernah“ und sorgte insbesondere für einheitliche Anlaufstellen für die Bürger und kurze Entscheidungswege unter dem Dach der Landratsämter. So wurden im Zuge der Reform die bis dahin selbständigen Schul-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Forst- und Flurneuordnungsämter in die Landratsämter eingegliedert. Damit wurden diese Verwaltungsaufgaben bei den Landratsämtern gebündelt und damit deren Stellung als Bindeglied zwischen Land und Kommunen gestärkt. Auch dem Ziel Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung kam man mit dieser Reform wieder ein Stück näher (wobei die später Wiederausgliederung der Staatlichen Schulämter diesem Ziel zuwiderlief).

Eine weitere Gebiets- und Verwaltungsreform in der Zukunft ist somit im Moment nicht absehbar. Landkreise und Verwaltungen haben damit die Chance sich in ihrer momentanen Struktur weiterzuentwickeln.

Der Ostalbkreis: Eine Erfolgsgeschichte

Mit der Gründung des Ostalbkreis am 1. Januar 1973 begann eine nun 40-jährige Erfolgsgeschichte. Die Einwohnerzahl des Landkreises stieg von 275.000 im Jahr 1973 auf heute etwa 307.000. Die Wirtschaft floriert und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg von 89.000 auf 108.000, die Arbeitslosigkeit gehört heute mit unter 4 % zu den niedrigsten in ganz Baden-Württemberg. Die Zahl der bei der IHK registrierten Unternehmen stieg von 1.435 im Jahr 1974 auf 19.832 im Jahr 2012. Gleichzeitig ist der Ostalbkreis der „Raum für Talente und Patente“, mit der höchsten Zahl an Patenten pro Kopf in ganz Europa.

An den drei beruflichen Schulzentren des Ostalbkreises in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd werden heute über 11.000 Schüler unterrichtet. Hinzu kommen über 500 Schüler in den vier Sonderschulen für körperlich, geistig und sprachbehinderte Kinder in Mutlangen, Schwäbisch Gmünd, Wasseralfingen und Westhausen.

Auch im medizinischen Bereich hat sich in den vierzig Jahren unheimlich viel getan. Anstelle von neun kleinen Krankenhäusern im Jahr 1973 verfügt der Ostalbkreis heute mit dem Ostalb-Klinikum Aalen, der St. Anna-Virngrund-Klinik Ellwangen und dem Stauferklinikum Schwäbisch Gmünd über drei hochmoderne und hervorragende ausgestattete Kliniken, welche vom Landkreis mit hohem finanziellen Aufwand ausgebaut wurden. Dieser Aufwand zu schultern war nur in einem großen und leistungsstarken Landkreis wie ihn der Ostalbkreis darstellt zu schaffen.

Die Abfallbeseitigung nimmt seit 1992 die Gesellschaft im Ostalbkreis für Abfallbewirtschaftung mbH (GOA) die Kreis Aufgabe der Abfallbeseitigung für alle Bürgerinnen und Bürger wahr. Das Straßennetz mit seinen 1.110 km im Ostalbkreis kann sich sehen lassen. Auch wenn der Zustand vieler Straßen durch eine deutliche Unterfinanzierung von Bund und Land in den letzten Jahren stark gelitten hat.

Die Landkreisverwaltung ist nach wie vor dezentral aufgestellt. Was vor 40 Jahren zunächst für eine Übergangszeit gedacht war, dauert heute immer noch an. Somit haben sich die damaligen Befürchtungen vor einer bürgerfernen Verwaltung nicht bewahrheitet. Die über 1.750 Mitarbeiter des Landratsamt Ostalbkreis erbringen ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger des Ostalbkreises an über 20 Standorten von Bopfingen bis Schwäbisch Gmünd. Dabei wird die Frage der Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe, zwischen Zentralität und Dezentralität auch in Zukunft immer nur politisch zu beantworten sein.

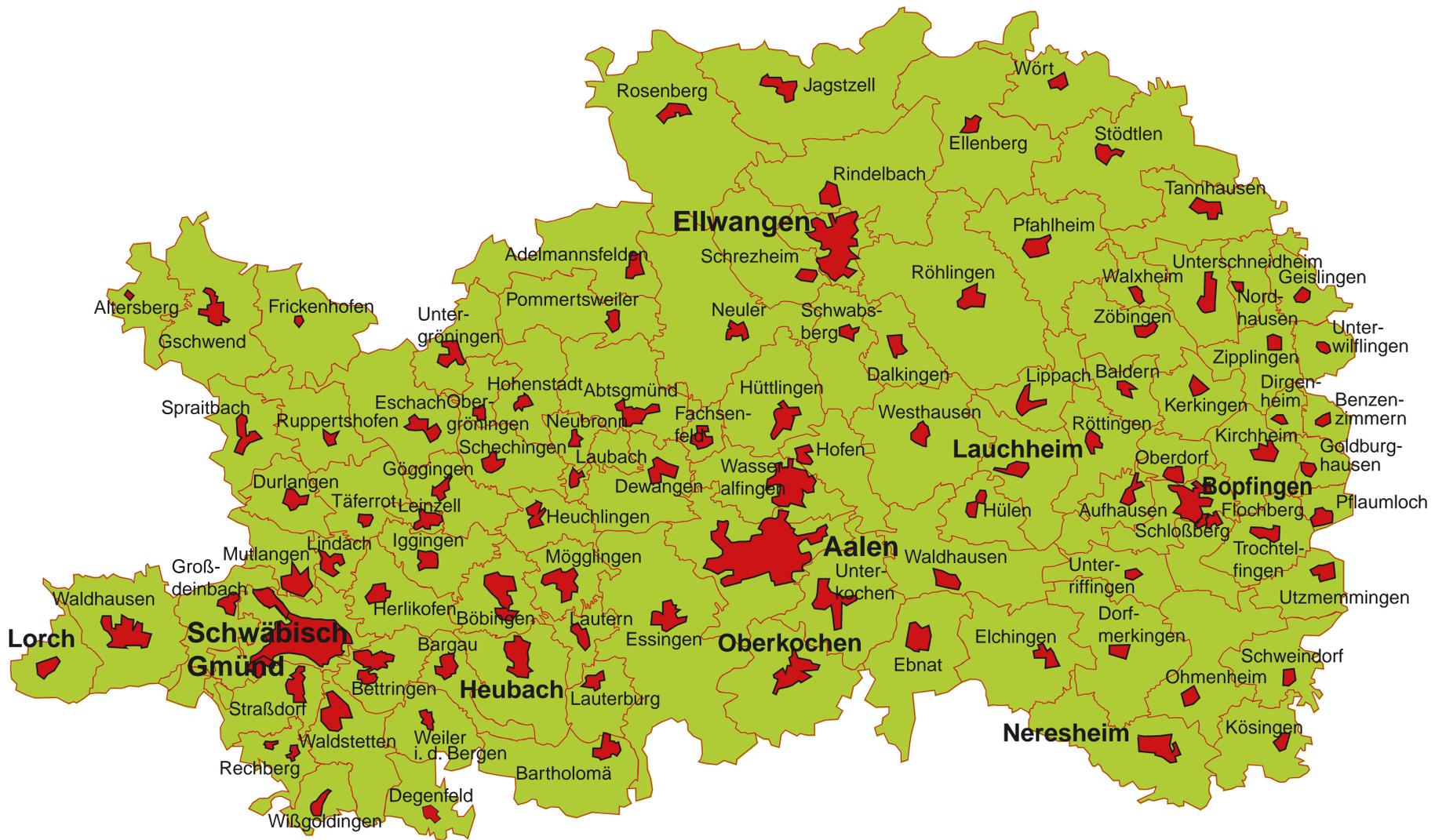
Was dem Ostalbkreis jedoch auch nach über vier Jahrzehnten seines Bestehens immer noch fehlt, ist ein richtiges Kreisbewusstsein seiner Einwohner. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass heute wieder mancher Nostalgiker mit seinem GD-Kennzeichen am Fahrzeug unterwegs ist. Und so wird man wohl leider auch in Zukunft auf die Frage „Woher sind Sie?“ häufiger die Antwort „Aus Oala!“ oder „Aus Gmend“ hören als „I ben von dr Ostalb!“...



Die dezentrale Struktur der Landkreisverwaltung des Ostalbkreises mit allen Außenstellen im Jahr 2013.

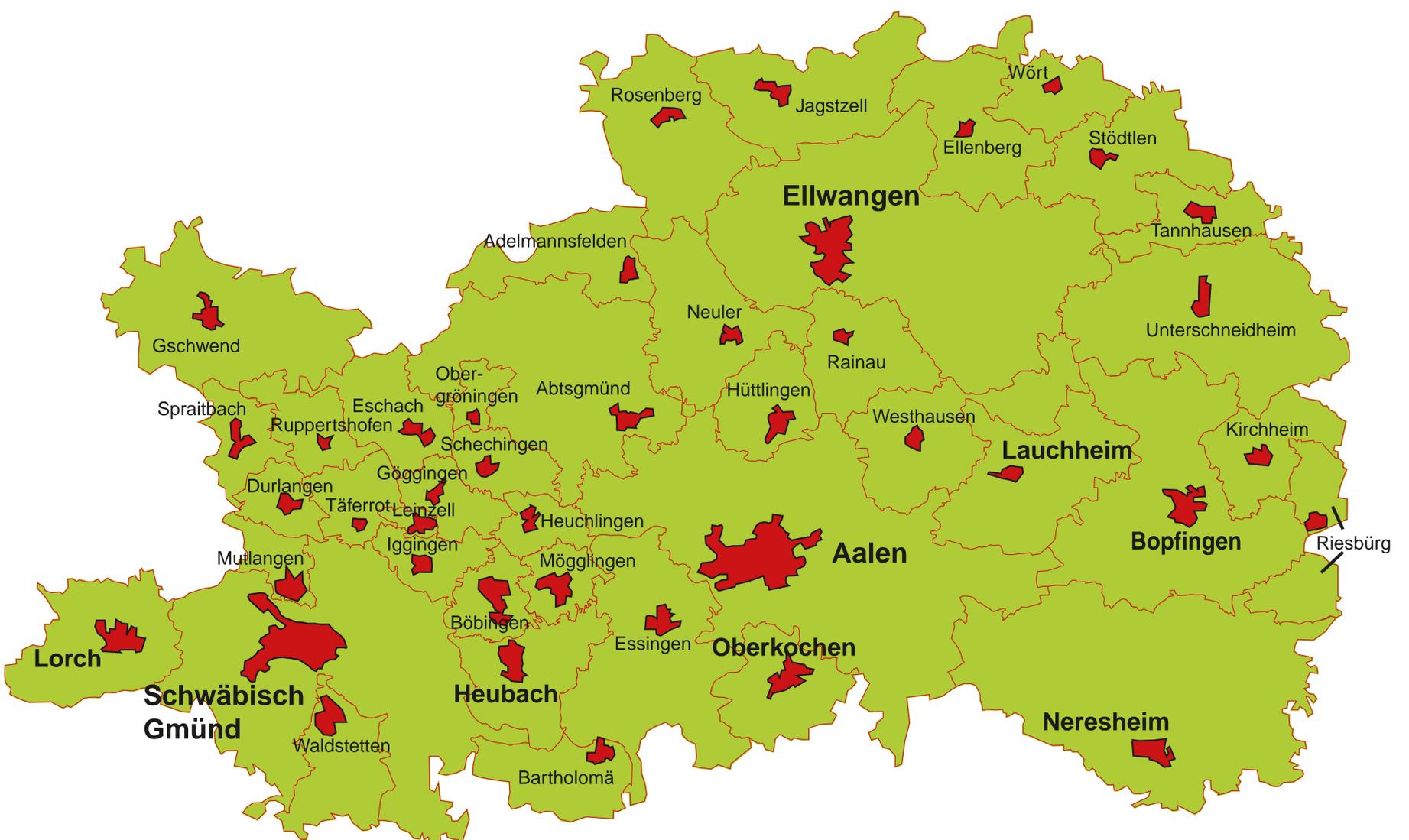


Die Gemeinden des Ostalbkreis vor der Gemeindereform



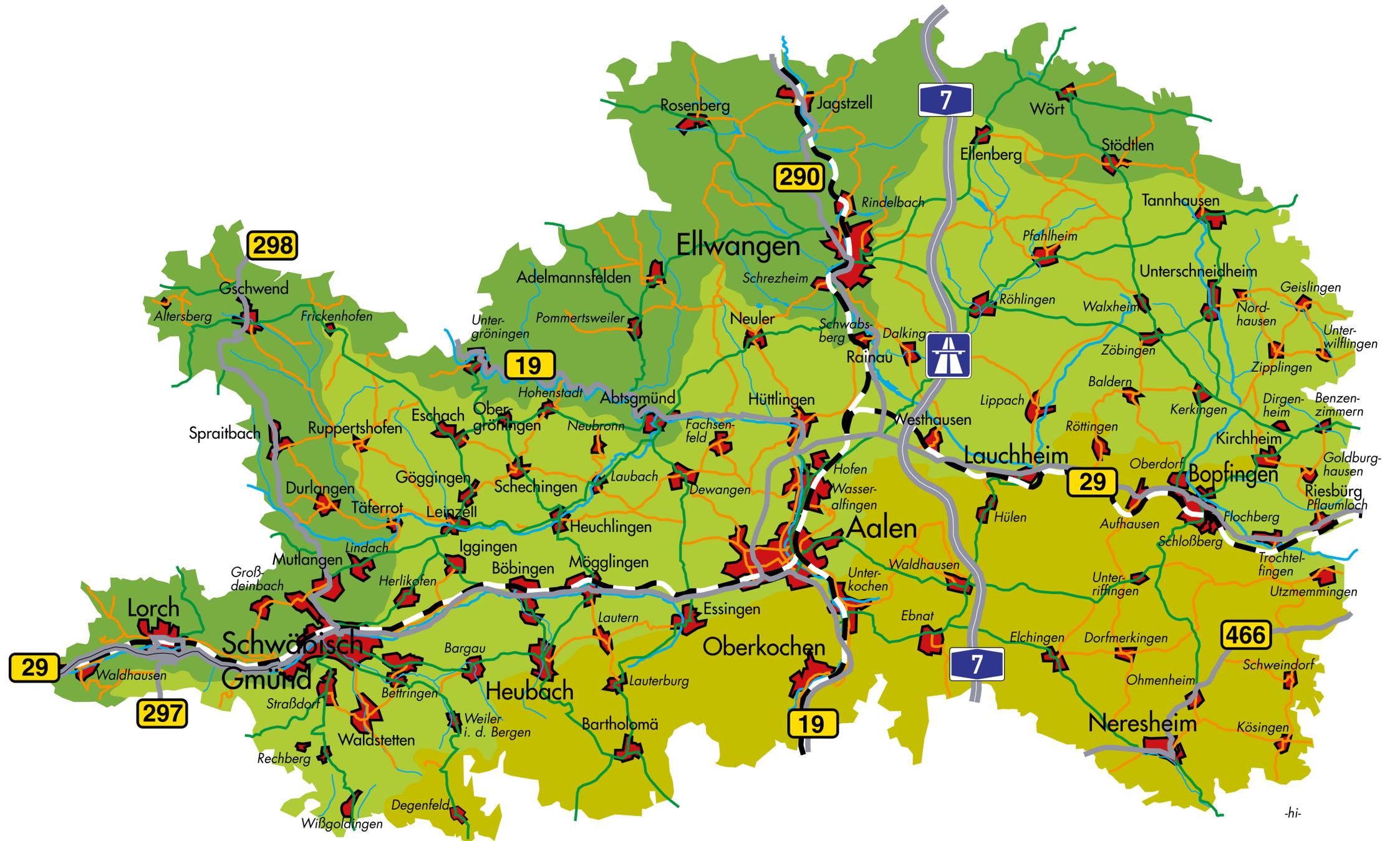
In den Jahren 1968 - 1975 wurde die letzte große Gemeindereform in Baden-Württemberg durchgeführt. Ziel war die Schaffung von leistungsfähigen Gemeinden, die in der Lage waren, den neuen Anforderungen an Infrastruktur und Gemeindeverwaltung gerecht zu werden. Durch Zusammenschlüsse reduzierte sich die Zahl der Gemeinden in Baden-Württemberg von 3.379 auf heute 1.101. Im Gebiet des heutigen Ostalbkreis entstanden aus 100 ehemals selbständigen Gemeinden (oben) die heutigen 42 Städte und Gemeinden (unten).

Der Ostalbkreis nach Abschluss der Gemeindefeform 1975

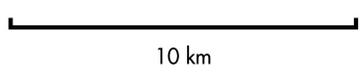




Der Ostalbkreis heute



Landschaften:
 Keuperwaldberge
 Albvorland
 Schwäbische Alb



Legende

- Bundesstraßen, Autobahn
- Landesstraßen
- Kreisstraßen
- Eisenbahnlinien

Große Kreisstadt
Stadt
 Selbstständige Gemeinde
 Stadt- oder Ortsteil



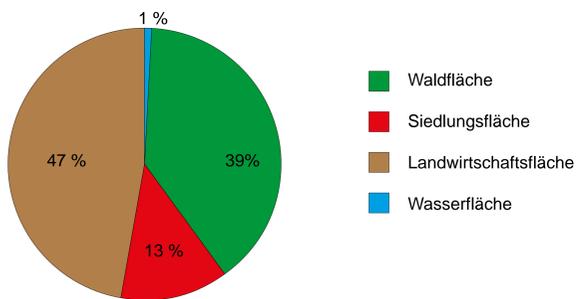
Städte, Gemeinden und ehemals selbständige Gemeinden im Ostalbkreis und ihre territoriale Zugehörigkeit vom Alten Reich bis heute

Stadt/Gemeinde	Zugehörigkeit um 1800	Oberamt ab 1803/1810 bis 1938	Landkreis 1938-1972	eingemeindet in den 70er Jahren nach/Zusammenschluss zu	Zugehörigkeit 2013
Aalen	Freie Reichsstadt Aalen	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Abtsgmünd	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Adelmannsfelden	Vohenstein Erben	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Altersberg	Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Backnang	Gschwend	Ostalbkreis
Aufhausen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Baldern	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Bargau	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Bartholomä	v. Holtz	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Benzenzimmern	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Kirchheim	Ostalbkreis
Bettingen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Böbingen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Bopfingen	Freie Reichsstadt Bopfingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Dalkingen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Rainau	Ostalbkreis
Degenfeld	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Dewangen	Fürstpropstei Ellwangen/Freie Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Dirgenheim	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Kirchheim	Ostalbkreis
Dorfmerkingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Neresheim	Ostalbkreis
Durlangen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Ebnat	Kloster Neresheim	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Elchingen	Kloster Neresheim	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Neresheim	Ostalbkreis
Ellenberg	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Ellwangen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Eschach	Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Essingen	Wöllwarth/Degenfeld-Schönburg	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Fachsenfeld	Wöllwarth	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Flochberg	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Frickenhofen	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Backnang	Gschwend	Ostalbkreis
Geislingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis
Göggingen	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Goldburghausen	Reichsstadt Nördlingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Riesbürg	Ostalbkreis
Großdeinbach	Herzogtum Württemberg	Oberamt Welzheim	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Gschwend	Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Backnang	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Herlikofen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Heubach	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Heuchlingen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Aalen	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Hofen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Hohenstadt	Adelmann v. Adelmannsfelden	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Abtsgmünd	Ostalbkreis
Hülen	Deutscher Ritterorden	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Lauchheim	Ostalbkreis
Hüttlingen	Fugger	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Iggingen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Jagstzell	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Kerkingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Kirchheim	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Kösingingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Neresheim	Ostalbkreis
Laubach	v. Wöllwarth	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Abtsgmünd	Ostalbkreis
Lauchheim	Deutscher Ritterorden	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Lauterburg	v. Wöllwarth	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Essingen	Ostalbkreis
Lautern	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Heubach	Ostalbkreis
Leinzell	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Lindach	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Lippach	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Lauchheim	Ostalbkreis
Lorch	Herzogtum Württemberg	Oberamt Welzheim	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Mögglingen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Mutlangen	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Neresheim	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Neubronn	v. Werneck	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Abtsgmünd	Ostalbkreis
Neuler	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Nordhausen	Deutscher Ritterorden	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis
Oberdorf	Reichsstadt Bopfingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Obergröningen	Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Oberkochen	Fürstpropstei Ellwangen/Herzogtum Württemberg	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Ohmenheim	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Neresheim	Ostalbkreis
Pfahlheim	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Ellwangen	Ostalbkreis
Pflaumloch	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Riesbürg	Ostalbkreis
Pommertsweiler	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Abtsgmünd	Ostalbkreis
Rechberg	v. Rechberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Rindelbach	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Ellwangen	Ostalbkreis
Röhlingen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Ellwangen	Ostalbkreis
Rosenberg	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Röttingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Lauchheim	Ostalbkreis
Ruppertshofen	Herzogtum Württemberg/Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Schechingen	Adelmann v. Adelmannsfelden	Oberamt Aalen	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Schloßberg	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Schrezheim	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Ellwangen	Ostalbkreis
Schwäbisch Gmünd	Freie Reichsstadt	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Schwabsberg	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Rainau	Ostalbkreis
Schweindorf	Reichsstadt Nördlingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Neresheim	Ostalbkreis
Spraitbach	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Stödtlen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Straßdorf	v. Rechberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Täferrot	Herzogtum Württemberg	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Tannhausen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Trochtelfingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Untergröningen	Grafschaft Limpurg	Oberamt Gaildorf	Landkreis Schwäbisch Gmünd/ Landkreis Aalen	Abtsgmünd	Ostalbkreis
Unterkochen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Unterriffingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Bopfingen	Ostalbkreis
Unterschneidheim	Fürstentum Öttingen/Deutscher Ritterorden	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Unterwillfingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis
Utzmemmingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Riesbürg	Ostalbkreis
Waldhausen (Rems)	Herzogtum Württemberg	Oberamt Welzheim	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Lorch	Ostalbkreis
Waldhausen	Deutscher Ritterorden	Oberamt Neresheim	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Waldstetten	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Walxheim	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis
Wasseralfingen	v. Wöllwarth	Oberamt Aalen	Landkreis Aalen	Aalen	Ostalbkreis
Weiler i.d.B.	Reichsstadt Schwäbisch Gmünd	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	Ostalbkreis
Westhausen	Fürstpropstei Ellwangen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Wißgoldingen	v. Beroldingen	Oberamt Gmünd	Landkreis Schwäbisch Gmünd	Waldstetten	Ostalbkreis
Wört	Reichsstadt Dinkelsbühl	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	selbständig geblieben	Ostalbkreis
Zipplingen	Deutscher Ritterorden	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis
Zöbingen	Fürstentum Öttingen	Oberamt Ellwangen	Landkreis Aalen	Unterschneidheim	Ostalbkreis



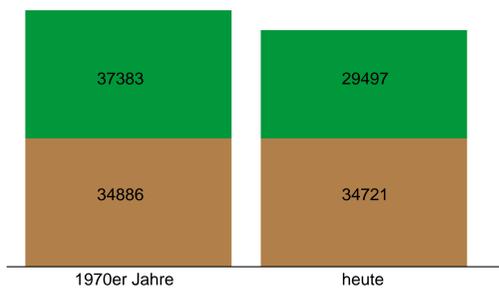
Seit den 1970er Jahren bis heute hat sich in der Landwirtschaft des Ostalbkreises ein bedeutender Strukturwandel vollzogen: Von 1512 km² Kreisfläche werden heute 47 % landwirtschaftlich genutzt. Seit den 1970er Jahren hat

Flächennutzung (in %) heute



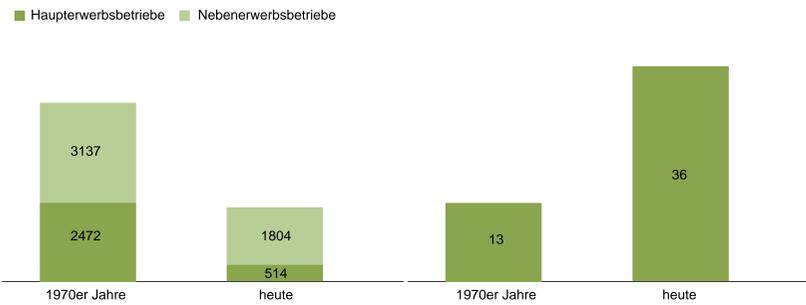
die landwirtschaftliche Nutzfläche um etwa 8000 Hektar infolge der Inanspruchnahme von fruchtbarem Ackerland und Streuobstwiesen für Siedlungs- und Verkehrsfläche bzw. von Grenzertragsböden für Aufforstungen abgenommen. Der Verlust der landwirtschaftlichen Nutzfläche ging zu Lasten des Grünlands, während die Ackerfläche fast konstant blieb.

Landwirtschaftliche Nutzfläche (in ha)



Während in den 1970er Jahren noch 12 % der Erwerbstätigen im Ostalbkreis in der Landwirtschaft beschäftigt waren, sind es heute weniger als 2 %. Durch die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe stark zurückgegangen.

Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Durchschnittliche Betriebsgröße (in ha)



Der Mangel an Arbeitskräften zwang in den letzten Jahrzehnten zum Aufbau immer größerer Betriebsgrößen, die die Technisierung und Mechanisierung der Arbeitsabläufe ermöglichten und zu einer Spezialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe führten. Durch die Flurbereinigung wurden früher weit auseinanderliegende kleinparzellige Äcker und Wiesen zu größeren Blöcken zusammengelegt. Haupterwerbsbetriebe bewirtschaften heute oft mehr als 70 Hektar, wobei es sich im Ostalbkreis dabei immer noch um klassische Familienbetriebe handelt.



Die Flurbereinigung schaffte in den vergangenen Jahrzehnten die Voraussetzungen für die zunehmende Mechanisierung in der Landwirtschaft, indem sie die Flurzersplitterung aufgehoben und maschinengerechte, parallele Schläge geschaffen hat. Die durchschnittliche Schlaggröße im Ostalbkreis liegt bei Grünland heute bei 1,2 Hektar, beim Ackerland bei 1,7 Hektar

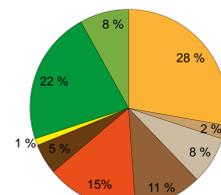


Claas-Selbstfahrer mit einer Schnittbreite von unter 3 Metern. Foto Alfred Opferkuch

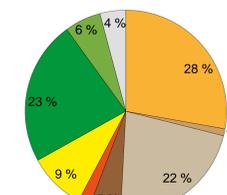


Moderner Mähdrescher

Ackerbau (in %) 1970er Jahre



Ackerbau (in %) heute



Der Strukturwandel wirkte sich auch auf den Ackerbau und die Grünlandbewirtschaftung aus:

Der arbeitsintensive Hackfruchtanbau (hpts. Kartoffeln, Futterrüben) und Feldfutteranbau (Klee, Luzerne) wurde reduziert. Der technische Fortschritt begünstigte Fruchtarten (wie Mähdruschfrüchte), die sich leichter mit Maschinen bearbeiten ließen.

Die Getreideanbaufläche blieb weitgehend konstant, allerdings wurde der Anbau von Winterungen (Winterweizen, Wintergerste, Winterraps, Triticale) mit höherem Ertragspotential ausgedehnt, während weniger Sommerungen (Hafer, Braugerste) angebaut werden.

Die Anbaufläche von Silomais ist seit Anfang der 1980er Jahre in Zusammenhang mit den rückläufigen Rinderbeständen zurückgegangen und hat mit dem Bau von Biogasanlagen wieder zugenommen, allerdings mit unterschiedlicher regionaler Konzentration.

Heutige Hauptkulturarten des Ackerlandes im Ostalbkreis:

Winterweizen



Winterweizen mit dem höchsten Ertragsniveau bei Getreide wird als Backweizen und Futtergetreide angebaut

Mais



Wichtige Grundfutterpflanze mit sehr hohen Erträgen und guter Mechanisierbarkeit bei Aussaat und Ernte, findet auch als Energiepflanze in Biogasanlagen Verwendung

Wintergerste



Anbau als Futtergetreide, weist den stärksten Flächenzuwachs seit den 1970er Jahren auf

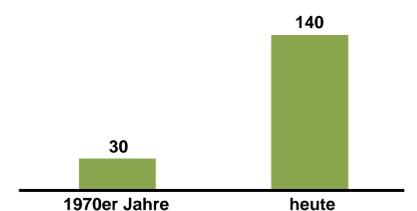
Raps



Wichtigste Ölfucht, Neuzüchtung von erucasäurefreien Sorten machte Raps anbauwürdig, Verwendung als Speiseöl und Biokraftstoff

Infolge züchterischer und produktionstechnischer Fortschritte (Mechanisierung, Düngung, Pflanzenschutz) haben sich die Ernteerträge der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen in den vergangenen Jahrzehnten weiter erhöht. Weniger Landwirte versorgen heute wesentlich mehr Menschen mit Nahrungsmitteln als früher.

Ein Landwirt ernährt... Menschen

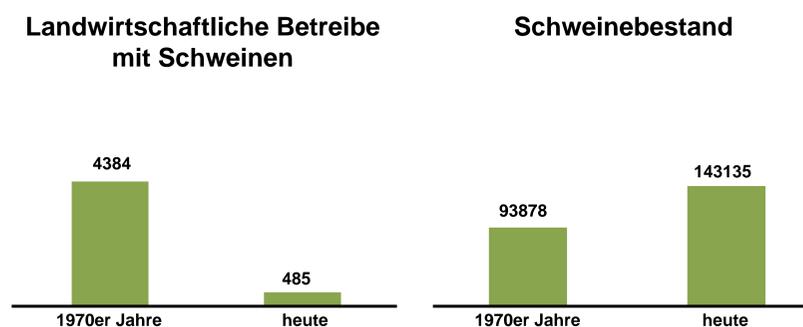
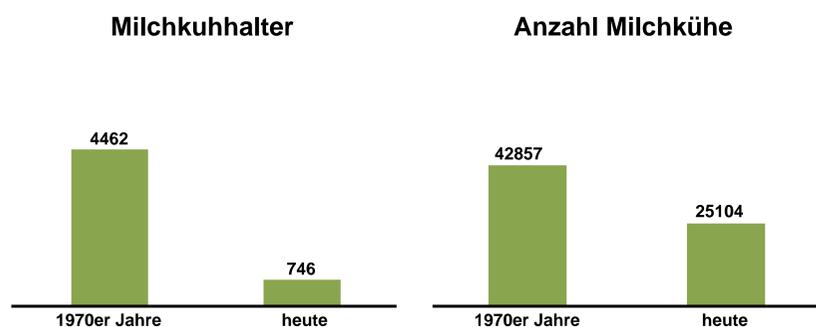


Typisch für die 1970er Jahre: Die ganze Familie hilft bei der Kartoffelernte. Foto Alfred Opferkuch



Aufgrund der natürlichen Voraussetzungen (relativ hoher Grünlandanteil) handelt es sich bei den meisten landwirtschaftlichen Betrieben im Ostalbkreis um Futterbaubetriebe. Über 60 % der Betriebe halten Rinder, mehr als 40 % sind milchviehhaltende Betriebe. Fast die Hälfte der Verkaufserlöse in der Landwirtschaft stammt bei uns aus der Milchviehhaltung und Rindfleischherzeugung. Durch stets sinkende Erzeugerpreise sind im Laufe des Strukturwandels die Anzahl der Milchviehbetriebe und die Kuhbestände drastisch gesunken. Von den über 4000 Milchviehbetrieben vor 40 Jahren sind heute noch etwa 750 übriggeblieben.

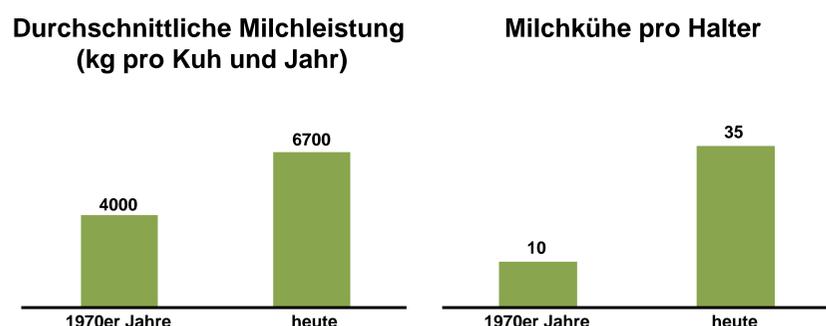
Etwa ein Viertel der Landwirte im Ostalbkreis halten Schweine. Ebenso wie in der Rinderhaltung (Milchviehbetriebe, Bullenmastbetriebe) hat sich im Rahmen des Strukturwandels auch in der Schweinehaltung eine arbeitsteilige Aufteilung in Zuchtbetriebe, Ferkelerzeuger und Schweinemastbetriebe vollzogen. Desgleichen ist ein Rückgang der Schweinehalter zu verzeichnen, die Tierbestände haben sich erhöht.



Ab den 80er Jahren versuchte die Europäische Union der Überproduktion (Milchseen, Butterberge etc.) mit Mitteln wie der Milchkontingentierung Herr zu werden. Dies führte im Zusammenhang mit der höheren Milchleistung zu dieser Entwicklung.

Inzwischen haben Direktzahlungen als Einkommensausgleich an die Landwirte die EU-Marktordnung der 1970er und 1980er Jahre mit garantierten Erzeugerpreisen, Außenschutz, Intervention und Exporterstattung abgelöst. Für den starken Rückgang ist vor allem die durch Zuchtfortschritte, Kraftfüttereinsatz sowie optimierte Fütterung und Haltung erreichte Steigerung der Milchleistung (heute liegt die Ø Milchleistung/Jahr bei 6000 kg-8500 kg) verantwortlich.

Der Schweinebestand im Ostalbkreis ist zwar angestiegen, dennoch wird wie überall in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte des Schweinefleisches von außerhalb eingeführt. Gründe dafür sind die schwierigen Genehmigungen von Schweineställen, die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, schwankende Erzeugerpreise sowie die kostengünstigere Erzeugung in Norddeutschland bzw. in anderen EU-Ländern mittels billigerer Importfuttermittel. Ein weiterer Rückgang der tiergerechteren, heimischen Erzeugung kann nur verhindert werden, wenn der Verbraucher vermehrt heimisches Schweinefleisch nachfragt.



Der heutige Milchviehbetrieb wird kapitalintensiv mit Liegeboxenstall, moderner Melk- (Melkstand oder Melkroboter) und Fütterungstechnik geführt. Dieser technische Aufwand lohnt sich allerdings nur bei größeren Tierbeständen. Arbeitskräftemangel und höhere Tierbestände führten zu Änderungen bei der Fütterung und Entmistung. Flüssigmistverfahren bieten nicht nur arbeitswirtschaftliche Vorteile. Gülle lässt sich wegen des höheren Anteils pflanzenverfügbaren Stickstoffs gegenüber Festmist besser zur bedarfsgerechten Düngung verwenden. Als Grundfutter erhalten Rinder weiterhin Gras, Heu oder Silage, wobei inzwischen die Grünfütterung durch Silagefütterung ersetzt wurde. Die Nutzung des Grünlands in Form von Silage anstatt als Grünfütterung oder Heu reduziert die Abhängigkeit vom Erntewetter. Außerdem bleiben mehr Vitamine und Nährstoffe des Grases beim Silieren erhalten.



Schweinehaltung früher und heute

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist weiterhin voll im Gange. Der Rückgang der Bevölkerung in der Europäischen Union und der damit verbundenen begrenzten Nachfrage nach Nahrungsmitteln haben zur Folge, dass die Landwirte auf der Ostalb nach Einkommensalternativen suchen.

In neuester Zeit trägt die Landwirtschaft mit Biogas- oder Photovoltaikanlagen zur Energieversorgung bei, baut nachwachsende Rohstoffe (z.B. Rapsöl zum Antrieb von Dieselmotoren) an oder versucht höhere Erzeugerpreise in der Direktvermarktung zu erzielen. In den letzten Jahren sind 28 Biogasanlagen mit einer durchschnittlichen Leistung von 350 bis 400 kW gebaut worden.

Eine weitere Alternative haben Landwirte des Ostalbkreises in der ökologischen Landwirtschaft gefunden. Etwa 90 Betriebe bewirtschaften ihren Betrieb nach den Richtlinien des Bioland- oder des Demeterverbandes bzw. nach Vorgaben der EU-Öko-Verordnung.

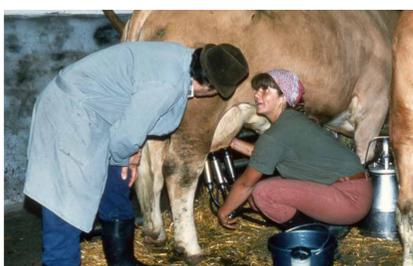
Trotz modernster Technik bleibt der Landwirt auch weiterhin in die natürlichen Kreisläufe eingebunden: Im Pflanzenbau ist er von den Bodenverhältnissen und dem Wetter abhängig, in der Tierhaltung ist weiterhin die Aufmerksamkeit und Erfahrung des Tierhalters für den betrieblichen Erfolg ausschlaggebend.



Anbindestall 1970er Jahre. Foto Lukas Hug



Moderner Boxenlaufstall



Eimermelkanlage 1970er Jahre



Melkroboter



Biogasanlage



Photovoltaikanlage

Die Geburtsstunde des Regionalverbands Ostwürttemberg

Strukturschwäche und fehlende Verkehrserschließung – mit diesen beiden Schlagworten lässt sich wohl der Zustand Ostwürttembergs bis in die 1970er Jahre am treffendsten beschreiben. Gleichzeitig waren sie Ansporn genug, neue, auch unkonventionelle Wege zu gehen, um die Idee einer zukunftsfähigen Region zu verwirklichen. Negative Entwicklungen, wie der Verlust von rund 17 000 Beschäftigten und 9 000 Einwohnern an umliegende Verdichtungsräume, sollten gestoppt werden, ein Ziel das nur gemeinsam und mit großräumig gedachten Planungen verwirklicht werden kann. Der erste Schritt war die Gründung des Regionalverbands Ostwürttemberg am 22. November 1973, hervorgegangen ist er aus der Planungsgemeinschaft Württemberg-Ost, zu der sich im Jahr 1966 die Landkreise Heidenheim, Aalen und Schwäbisch Gmünd, sowie fast alle Städte und Gemeinden dieses Raumes zusammengefunden hatten. Somit war von Anfang an eine feste kommunale Verankerung der 53 Städte und Gemeinden in der Regionalplanung gegeben.



Die Akteure standen zu der Zeit vor einigen großen Herausforderungen: Ostwürttemberg hatte noch keinen direkten Anschluss an das Bundesautobahnnetz, die B 29 war auch im unteren Remstal noch nicht ausgebaut. Die regionalen Landes- und Kreisstraßen waren zwar mittlerweile staubfrei, jedoch nicht durchgehend verkehrsgerecht ausgebaut und auf den Schienenstrecken gab es kaum Taktverkehre, um den Erhalt einiger Schienenstrecken musste sogar gekämpft werden. Hinzu kam, dass die Flächennutzungspläne nach der Gemeinde- und Gebietsreform kaum aufeinander abgestimmt waren und Planungskonzepte für wichtige Infrastrukturmaßnahmen völlig fehlten.



In unzählbaren Sitzungen ist es der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ostwürttemberg jedoch gelungen, regionale Entwicklungskonzepte zum Abbau regionaler Defizite zu erarbeiten, mit welchem eine regelrechte Aufbruchsstimmung in der breiten Bevölkerung initiiert werden konnte, was letztlich in der Aufstellung des Regionalplans 1980 mündete.

Auch bei der Planung und Umsetzung wichtiger infrastruktureller Maßnahmen wusste der Regionalverband die Beteiligten stets hinter sich, sodass großräumige Projekte erfolgreich für die Region und ihre Bürger und Unternehmen umgesetzt werden konnten. Als ein Meilenstein dieser Zeit gilt sicherlich der Anschluss der Region Ostwürttemberg an das Bundesautobahnnetz mit dem Ausbau der BAB 7 zwischen Würzburg und Kempten. Der Regionalverband setzte sich beim damaligen Bundesverkehrsminister Gscheidle für einen sofortigen zweispurigen Ausbau des Autobahnabschnitts Aalen - Ulm ein, mit einer Protestaktion gemeinsam mit den Bürgern der Region engagierte sich der Regionalverband für einen zügigen Bau der BAB 7. Etwa zeitgleich wurde die B 29 zwischen Urbach und Schwäbisch Gmünd vierspurig ausgebaut – einer guten, zukunftsweisenden Straßenverkehrsanbindung stand von nun an nichts mehr im Wege.



Nur wenige Jahre später kann der Regionalverband eine weitere Herausforderung stemmen. 1996 wird gemeinsam mit den von der Brenzbahn betroffenen Landkreisen, Städten und Gemeinden in Abstimmung mit dem Regionalverband Donau-Iller, sowie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt und Verkehr und der Nahverkehrsgesellschaft des Landes sowie der DB AG das Regionale Brenzbahnkonzept beschlossen. Das Konzept ermöglicht erstmals einen integralen Taktfahrplan und somit eine Anbindung der Remsbahn an die Brenzbahn.

All das ist Ergebnis einer guten Zusammenarbeit aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Region – nur dank ihr konnte ein solcher Entwicklungssprung Realität werden.



Neue Entwicklungen – neue Herausforderungen

Nachdem in den Anfangsjahren des Regionalverbands wichtige Grundlagen für eine zukunftsfähige Region Ostwürttemberg geschaffen werden konnten, war die Arbeit noch längst nicht getan. Auch in neuerer Zeit versteht der Regionalverband es als seine Aufgabe, Entwicklungen und Trends aufzuspüren und Grundlagen dafür zu erarbeiten, sich auf neue Herausforderungen bestmöglich einzustellen. Sehr frühzeitig hat er daher ein Konzept für die Breitbandversorgung in der Fläche erarbeitet, sehr frühzeitig hat er durch seine Strukturberichte, etwa zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung, wertvolle Impulse gesetzt.

Mit zunehmender Entwicklung, Technisierung und Globalisierung stellten sich für den Regionalverband neue Fragen, für die es passende Antworten zu finden galt. Die steigende Nachfrage nach neuen Gewerbegebieten, nach neuer Siedlungsentwicklung, aber auch nach Erhalt und Entwicklung der Einzigartigkeit des Naturraums und der vielfältigen Landschaftsbilder wollte geordnet werden, um die Lebensqualität in der Region auch in Zukunft zu sichern. Dazu wurde im Auftrag des Regionalverbands Ostwürttemberg das Projekt „Fläche gewinnen



in Ostwürttemberg - Erhebung und Bewertung des Siedlungsflächenpotenzials für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte und Gemeinden - Raum-Ostwürttemberg“ durchgeführt, Ziel war die Erstellung einer Übersicht über die vorhandenen Siedlungsflächenreserven innerhalb der rechtskräftigen Flächennutzungspläne. Für die Städte und Gemeinden wurde sowohl eine Grundlage für ein Monitoring der Siedlungsflächen geschaffen, als auch geeignete Strategien für die Mobilisierung der Innenentwicklungspotenziale entwickelt.

Bereits im Jahre 2002 hat der Regionalverband als erste Region des Landes in seinem Regionalplan der Nutzung erneuerbarer Energien weiten Raum gegeben. Weiterentwickelt wurde die ursprüngliche Planung ab dem Jahr 2011 im Zuge der Änderung des Landesplanungsgesetzes. Grundlage dafür ist ein großräumig abgestimmtes Planungskonzept, bei dem es gilt, die Schönheit und Vielfalt der Natur, die vielfältigen Landschaftsbilder unseres Raums sichtbar und erlebbar zu erhalten und trotzdem einen bevölkerungsverträglichen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Trotz dieser gewaltigen Entwicklung von einer strukturschwachen Region hin zu einer innovativen Region mit hoher Lebensqualität, ist auch Ostwürttemberg vor dem Demographischen Wandel nicht gefeit. Gerade in den ländlicher geprägten Teilen der Region macht sich bereits ein Strukturwandel bemerkbar, eine Entwicklung, der mit dem Projekt „Modellvorhaben der Raumordnung zur Sicherung der Daseinsvorsorge“ entgegengewirkt werden soll. In den Bereichen Bildung, Nahversorgung, Medizinische Versorgung und Mobilität werden Defizite und Problemräume aufgespürt, Lösungsansätze diskutiert und Handlungsoptionen in Form von Leuchtturmprojekten aufgezeigt – wichtige Impulse für eine lebenswerte Zukunft in der Region Ostwürttemberg.

Vorausschauend – Verantwortungsbewusst – Nachhaltig

Auch in Zukunft wird sich die Region Ostwürttemberg neuen Herausforderungen stellen müssen und auch dann wird sich der Regionalverband nicht davor scheuen, innovative Konzepte zu denken und unkonventionelle Wege

zu gehen. Wegbegleitend wird dafür die Gesamtfortschreibung des Regionalplans und die Erstellung eines Landschaftsrahmenplans sein, um auch weiterhin gleichwertige Lebensbedingungen durch günstige Standortvoraussetzungen in allen Räumen der Region zu schaffen. Zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung, zu mehr Arbeitsplätzen, zu ausreichend Wohnungen, zur Umweltvorsorge und zu intensiver regionaler Zusammenarbeit und Vernetzung wird der Regionalverband auch künftig seinen Beitrag leisten und wird sich dabei an den Lebensverhältnissen der Menschen und den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Damit sorgen der Regionalplan und der Regionalverband für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die die hohen Potentiale der Region nutzt, die Landschaftsbilder bewahrt und den Lebensraum, die Umwelt und Heimat weiter entwickelt.

Blickt man nun auf 40 Jahre Regionalverband Ostwürttemberg zurück, wird der Betrachter schnell erkennen, dass durch abgestimmte Zusammenarbeit vieler Akteure die planerische Ordnung und Entwicklung der Region ein sehr sichtbares Ergebnis hat.

